Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das Volk. 1946-1954
1947

46 (11.6.1947)

Visual Library

Das Volk

Mittwoch, den 11. Juni 1947

Nummer 46

2. Jahrgang

Freiburg im Breisgau

Erscheinungstage Mittwoch und Samstag / Einzelpreis 20 Pf. / Monatsbezugspreis RM 1.60 einschließlich Trägerlohn, durch die Post bezogen RM 1.84 Anzeigen laut Tarif gegen Kennkartenausweis

Herausgegeben vom Sozialistischen Verlag Freiburg G.m.b.H., Freiburg i. Br., Kaiser-Joseph-Straße 229, Fernruf Nr. 2816. Bankverbindungen: Deutsche Bank, Filiale Freiburg; Freiburger Gewerbebank e.G.m.b.H., Freiburg i. Br.; Öffentliche Sparkasse Freiburg i. Br (Städtische Sparkasse); Postscheck-Konto Ludwigshafen (Rhein) Nr. 25 460

Verbreitungsgebiet: Die gesamte französisch besetzte Zone Badens und Württembergs — Geschäftsstellen und Vertretungen in allen größeren Orten. — Anzeigenpreisliste Nr 1. — Gerichtsstand für beide Teile Freiburg im Breisgau. Schriftleitung: Dr F. Große. — Druck: Universitätsdruckerei Poppen & Ortmann, sämtliche in Freiburg im Breisgau.

Wie kommen wir über den nächsten Winter?

Die Forderungen der Münchener Konferenz: Wirtschaftseinheit, Kredite, Geld- und Währungsreform

Der bayrische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard gab in seiner Eröffnungsansprache dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Ministerpräsidenten der fünf Länder der Ostzone München noch vor Eröffnung der Konferenz verlassen haben. „Wir werden tagen und beraten in dem Gefühl, daß wir nun auch Sachwalter jener Teile Deutschlands sein wollen, deren Vertreter hier nun fehlen. Daß wir zusammenstehen müssen, um überhaupt leben zu können, das dürften die letzten zwei Jahre auch dem Oberflächlichsten und Eigensüchtigsten zum Bewußtsein gebracht haben. Jede Tonne Kohle, die der Bergmann an der Ruhr nicht mehr fördern kann, geht ganz Deutschland verloren. Jede Maschine, die weggenommen wird, sei es im Süden, im Norden, im Osten oder im Westen, geht ganz Deutschland verloren. Was die Abtrennung der Ostgebiete auch wirtschaftlich bedeutet, bekommt jeder einzelne täglich zu spüren. Angesichts dieser Not müssen Sonderinteressen schweigen. Wir sollten uns auch nicht von Land zu Land unsere Beiträge vorrechnen, sondern gemeinsam nach Auswegen aus der Not suchen. Wir sollen eine Antwort finden auf die drängende Frage: Wie kommen wir über den nächsten Winter?"

Wir brauchen Klarheit und Wahrheit

„Von großzügigen Plänen allein", fuhr Ehard fort, „wird das Volk nicht satt und weitfliegende Träume wärmen vielleicht das Herz, aber nicht das Haus. Uns nützt jetzt nur, was sich mit gutem Willen aller Beteiligten und in enger Zusammenarbeit aller Länder und vor allem bei verständnisvoller Unterstützung durch die Besatzungsmächte tatsächlich in Bälde durchführen läßt."

„Wir brauchen Klarheit und Wahrheit gegenüber unserem eigenen Volk. Das Volk hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren, und das Volk will die Wahrheit hören, auch wenn sie bitter ist. Es will nicht mit Prophezeiungen und mit Versprechungen abgespeist werden. Wir brauchen endlich Klarheit auch gegenüber den Besatzungsmächten und gegenüber dem Ausland. Wir müssen den Besatzungsmächten bei allem schuldigen Respekt mit allem Ernst sagen dürfen, was wahr ist und gesagt werden muß.

Trotz der Aufspaltung Deutschlands in vier Zonen, geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf."

Für Freilassung der Kriegsgefangenen

Der Bremer Senatspräsident Wilhelm Kaisen gab eine Erklärung zur Kriegsgefangenenfrage ab. „Wenn nichtdeutsche Kreise argumentieren, daß das deutsche Volk infolge der Verbrechen seiner früheren Machthaber alle völkerrechtlichen Rechte verloren habe und es ihm oder seinen Vertretern nicht zustehe, irgendein Recht gegenüber den Siegermächten geltend zu machen, so muß doch der Welt zugerufen werden, daß eine solche Argumentation geradezu tödlich auf das gesamte Völkerrecht wirken und damit fortzeugend Unrecht gebären wird. Wenn wir heute erneut unseren dringenden Ruf nach Freilassung der Kriegsgefangenen erheben, so deshalb, weil nach den bisherigen Ermittelungen die Rückkehrer vielfach bis zu 87 Prozent arbeitsunfähig und krank sind", betonte er und forderte die Konferenz auf, dafür einzutreten, eine deutsche Zentralstelle zu schaffen, die sich ganz besonders der Kriegsgefangenenfrage annimmt.

Ernährungslage und Wirtschaftsnot

Anschließend berichtete der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Heinrich Lübke, über Ernährungsfragen. „Auch wenn wir Friedensernten bekommen, brauchen wir immer noch Einfuhr, denn wir haben uns noch nie selbst ernähren können", erklärte Minister Lübke. „Aber wir müssen unter allen Umständen die Einfuhr einschränken, weil wir zu arm sind, sie zu bezahlen." Zur Weltversorgung erklärte er, das Weltangebot sei zur Zeit größer als die Nachfrage. „Es ist selbstverständlich", sagte der Minister, „daß den Ländern die deutsche Frage schwer auf dem Magen liegt. Sie bedeutet zum Beispiel für England eine außerordentliche Belastung, und deshalb müssen wir uns unsererseits überlegen, wie wir ihnen entgegenkommen können, um den Ländern Devisen für unsere Ernährung ersparen zu können." Er betonte, daß Dänemark, Holland, Belgien und sogar Frankreich für Deutschland Ware hätten, und man Deutschland deshalb mit diesen Ländern in Verbindung treten lassen solle. Der Minister versicherte, daß die Bevölkerung schon jetzt ausreichend mit Kartoffeln versorgt werden könnte, wenn Saatgut und Kunstdünger geliefert würden. Für die Fettversorgung der gesamten Westzone seien mindestens 12 bis 15 000 Tonnen monatlicher Fetteinfuhr erforderlich. „Wenn keine größere Einfuhr an Nahrungsmitteln erfolgt", fuhr Minister Lübke fort, „dann sehe ich den Ernährungs- und wirtschaftlichen Zusammenbruch in diesem Herbst und Winter mit aller Sicherheit voraus. Das besiegte deutsche Volk hat ein Lebensrecht wie jedes andere auch. Es ist immer von den Besatzungsmächten gesagt worden, daß wir wirtschaftlich und ernährungsmäßig einen menschenwürdigen Lebensstandard erhalten sollen. Wir betteln nicht um Brot. Wir wollen es mit unserer Hände Arbeit verdienen. Und wenn uns der gesamte Export abgedrosselt wird, so weiß doch jeder Mensch, daß wir nicht in der Lage sind, uns zu ernähren."

Die Volksgesundheit

Die geschäftsführende Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schroeder erstattete Bericht über die Volksgesundheit. Sie wies darauf hin, daß der Prozentsatz des deutschen Volkes, der nicht mehr arbeiten könne, sich gegenüber den Friedensjahren verdoppelt habe. Frau Schroeder betonte, daß auch bei einer genügenden Kalorienmenge, der aber die wichtigsten Bestandteile fehlten, die Bevölkerung nicht gesund erhalten werden könnte. Sie wies auf die große Säuglingssterblichkeit hin, die sich 1945 in Berlin zu 80 Prozent und in verschiedenen Teilen der russischen Zone bis zu 100 Prozent gesteigert habe. Auch heute noch betrage die Säuglingssterblichkeit das Doppelte wie in den Jahren vor dem Kriege. Es sei deshalb notwendig, daß unsere stillenden Mütter erhöhte Lebensmittelzulagen erhielten. Die Bürgermeisterin sagte dann weiter: „Es ist nicht deutsche Art, das Elend auf die Straße zu tragen. Ich glaube, für den kommenden Winter muß alles getan werden, was in unserer Macht steht, um eine Wiederholung des Elends von 1946/47 zu verhindern."

Der Hamburger Senator Borgner erklärte, daß es wohl niemanden in Deutschland gebe, der die große Wirtschaftsnot befriedigend lösen könne. „Wir leben nicht in Deutschland", erklärte der Senator, „sondern in irgendwelchen Zonen und wissen nicht, auch wenn wir an exponierter Stelle stehen, was jenseits der Zonengrenzen geschieht." Senator Borgner betonte, daß das, was der Krieg von der deutschen Wirtschaft übriggelassen habe, durch Demontage vernichtet worden sei.

Der bayrische Wirtschaftsminister Dr. Zorn nahm zu Finanzfragen Stellung. Der Hintergrund, auf dem sich die Wirtschaftskatastrophe abspiele, führe Zorn aus, sei gekennzeichnet durch das im Laufe des Krieges sich immer mehr verschärfende Mißverhältnis von Einkommensbildung und Güterangebot, wodurch der Preismechanismus weitgehend außer Funktion geraten sei. Das Geld habe seine Funktionen verloren, es spiele nur noch die Rolle eines unvermeidlichen Generalbezugsscheines. Durch den überhandnehmenden Kompensationsverkehr gleite die Wirtschaft immer weiter in eine Naturalaustauschwirtschaft ab. Die Vorbedingungen einer Währungsreform müßten nicht nur von der Geldseite, sondern auch von der Güterseite aus geschaffen werden.

Der hessische Finanzminister Walter Hilpert erklärte, der nachhaltige Erfolg aller finanzpolitischen Maßnahmen sei von einer baldigen Geld- und Währungsreform abhängig. Auf diesem Gebiet seien schnelle und durchgreifende Maßnahmen notwendig. In erster Linie sei eine Neugestaltung der Steuergesetzgebung unter Herabsetzung der seit Anfang 1946 geltenden überhöhten Steuersätze in der Weise erforderlich, daß der arbeitenden Bevölkerung ein Anreiz zu höchster Leistung gegeben werde.

Die Kohlenfrage, die Forstwirtschaft

Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen referierte über das deutsche Kohlenproblem und erklärte, daß die Zukunft Deutschlands und Europas letzten Endes von den Bergarbeitern an der Ruhr abhängig sei. Dr. Amelunxen wies darauf hin, daß durch die Einführung des Punktsystems die Förderung von 200 000 Tonnen Kohle auf 240 000 Tonnen gesteigert werden konnte. Durch die katastrophale Ernährungslage sei die Produktion jedoch wieder gesunken. Der Ministerpräsident erklärte, daß er nach der jetzigen Beilegung der Streiks und nach der Zusicherung, daß die Bergarbeiter ihre Zulagen weiter erhalten werden, die Hoffnung habe, die Kohlenförderung bis zum Herbst 1947 auf 270 000 Tonnen zu erhöhen.

Der bayrische Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner erklärte in seinem Referat über den deutschen Wald, das Sterben der deutschen Wälder sei eine buchstäbliche Tragödie von unabsehbarem Ausmaß, eine Tragödie in wirtschaftlicher und klimatischer Hinsicht, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa berühre. Zur Erhaltung des Waldes schlug er eine Reihe von Maßnahmen vor wie Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle. Maßnahmen zur Holzersparnis, Marktordnung, Wiederaufforstung, Überprüfung des Holzeinschlags, den die Besatzungsmächte betreiben.

Das Flüchtlingsproblem, das Besatzungsrecht

Wolfgang Jaenicke, der bayrische Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, sprach über die Flüchtlingsnot und erklärte, dem Flüchtlingsproblem gegenüber träten die Probleme der Ernährung, der Wirtschaft, der Währung, der Entnazifizierung und der staatlichen Neugestaltung deshalb zurück, weil sie nicht so tief an den Wesenskern Deutschlands rührten, nämlich an eine völlige Änderung seiner durch ein Jahrtausend hindurch entwickelten Struktur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht. Nach den bisherigen Feststellungen, erklärte Jaenicke, seien in den vier Zonen Deutschlands etwa 10 060 000 Flüchtlinge und Ausgewiesene aufgenommen worden, obwohl die Aussiedlung noch nicht endgültig eingestellt worden sei.

Der Regierungschef von Südwürttemberg-Hohenzollern, Staatsrat Dr. Karl Schmid, sprach über die Regelung des Besatzungsrechts. Die Ausübung der Gebietshoheit durch die Besatzungsmächte, so führte Dr. Schmid aus, bedeute rechtlich gesehen, daß sich zwei Rechtsordnungen und zwei Staatsgewalten ineinanderschieben. Das praktisch technische Bedürfnis erfordert weiter nach den Ausführungen Dr. Schmids eine genaue Abgrenzung der Kompetenzen der Organe der Besatzungsmacht gegenüber den landeseigenen Stellen. Nur so seien diese in der Lage, planmäßig und verantwortlich zu verwalten. Die durch das Vorhandensein der Besatzungstruppen und die Durchführung des Besatzungszweckes notwendig werdenden Leistungen des besetzten Landes sollten so abgestimmt sein, sagte Dr. Schmid, daß eine zuverlässige Haushaltsführung, Planung und Lenkung der Wirtschaft und ausreichende Versorgung der Bevölkerung möglich sei.

Die Münchener Entschließungen

Die Konferenz faßte eine Reihe von Entschließungen, deren wesentliche Punkte sind: Niederlegung des Verhältnisses zu den Besatzungsmächten in formulierten Rechtssätzen; Durchführung der Säuberung durch Deutsche und Anerkennung der Entscheidungen in allen vier Zonen; Beschränkung der Besatzung nur auf die Überwachung; baldige Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Entschließung zu den Grundfragen der Wirtschaft stellt fest, daß die Ministerpräsidenten außerstande seien, den Verfall der Wirtschaft aufzuhalten, dazu sei notwendig, daß die Besatzungsmächte folgende Voraussetzungen schaffen: Verwirklichung der Wirtschaftseinheit; Anlaufkredite für die Einfuhr von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Produktionsmitteln; Zulassung zu den Weltmärkten unter normalen geschäftlichen Bedingungen und unter weitgehender Eigenverantwortung der Deutschen; Belassung der für den friedlichen Wiederaufbau geeigneten Industrieanlagen und der Eigenproduktion in einem für das wirtschaftliche Existenzminimum erforderlichen Umfang; Erleichterung der laufenden Besatzungslasten. Die Ministerpräsidenten empfehlen ferner bis zur Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit die Bildung eines Länderausschusses aus allen deutschen Gebieten zur ständigen Unterrichtung des Kontrollrates in wirtschaftlichen Fragen.

Eine weitere Wirtschaftsresolution unter dem Titel: „Einzel- und Sofortmaßnahmen" verlangt: 1. Revision des Industrieplanes unter Hinzuziehung von deutschen Sachverständigen. 2. Übertragung aller Verantwortung im Interzonenhandel auf deutsche Verwaltungsstellen. 3. Wiederherstellung der Freizügigkeit zwischen den Zonen durch Beseitigung aller Hindernisse im Verkehr von Personen und Nachrichten (Zeitungen und Literatur). 4. Unterstützung der Pläne zur Förderung der Transportmittelindusrie, Verhinderung eines weiteren Abflusses von Güterwagen in das Ausland. 5. Förderung des Außenhandels.

Zum Ernährungsproblem werden folgende Forderungen erhoben: Zuführung von geeigneten Arbeitskräften, Belieferung mit Saatgut, Kunstdünger, Maschinen und Geräten und die Erhaltung der Viehbestände. Durch ausreichende Einfuhren soll erreicht werden, daß Getreidereserven für zwei Monate geschaffen und die Lebenskraft der Bevölkerung sichernde Fettrationen ausgegeben werden können.

Zur Finanzfrage fordert eine Entschließung die Herabsetzung der überhöhten Steuersätze und eine Währungsreform. Ein Aufruf spricht sich für die Rückkehr der in der Emigration lebenden Deutschen aus.

Eine Erklärung der Chefs der Länderregierungen bekennt sich zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands und fordert Klarheit und Wahrheit auch gegenüber den Besatzungsmächten.

Sagt Schumacher nur nein?

Der Kreis derer, der dieser Ansicht ist, wächst. Er umfaßt die offiziellen Sprecher der SED / KP ebenso wie viele Nichtsozialisten. Der besorgten Fragen werden immer mehr, Fragen vor allem nach dem Wohin der Politik Schumachers. Er habe zwar, so sagt man, sehr viele ungemein treffende Formulierungen zur deutschen Gegenwartssituation gefunden, aber seit einiger Zeit beschränke er sich doch eigentlich mehr und mehr darauf, gegen irgend etwas zu sein, und an sich begrüßenswerte Pläne zur Stärkung der deutschen Einheit zu „zerschlagen". Die Bildung einer deutschen Repräsentation durch die Parteien habe ebensowenig seine Billigung gefunden, wie die Initiative des bayerischen Ministerpräsidenten, auf der Basis der Länderregierungen etwas Entsprechendes zu erreichen, von ihm unterstützt worden sei. Bei der Bedeutung der SPD im politischen Leben Deutschlands bedeute aber seine ostentative Zurückhaltung praktisch die Zerschlagung aller dieser Bemühungen, zu einer wirklichen Einheit zu kommen.

„Wirkliche Einheit" — damit ist man bei dem entscheidenden Stichwort. Man sollte meinen, daß Schumacher in seinen zahlreichen Äußerungen, wie er sie genannt hat, wie sie hier im einist in dem, was er als wirkliche Einheit ansieht. Viele werfen ihm ja gerade zu große Deutlichkeit vor. Ist das Bestehen auf Voraussetzungen, wie er sie genannt hat wie sie hier im einzelnen nicht wiederholt werden sollen, wirklich nichts anderes als bockbeinige Prinzipienreiterei eines engstirnigen Parteipolitikers und unverträgliche Anmaßung eines politischen Stars? Seine Gegner und auch seine warnenden Freunde außerhalb der eigenen Reihen — die sich zumindest so bezeichnen — halten ihm immer wieder die Pflicht zum Ausgleich mit anders Denkenden vor und empfehlen ihm, maßvoller in seinen Forderungen und ihrer Formulierung und weniger stürmisch in dem Verlangen nach ihrer Erfüllung zu sein. Bei alledem soll hier gar nicht von denen gesprochen werden, die ihre eigenen und fremde Ansichten mit persönlichen Beschimpfungen wiedergeben, sondern nur von denen, die ihre Bedenken in loyaler Gesinnung vorbringen.

Es ist vielleicht gut, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß Kurt Schumacher durchaus nicht in Übereinstimmung mit allen seinen Parteifreunden bis zur letztmöglichen Konzession für Koalition und Zusammenarbeit mit anderen Parteien eingetreten ist. Natürlich weiß auch er, wie nur irgend jemand, daß das Kompromiß zum täglichen Brot der Demokratie gehört, wenn er vielleicht auch härter als manch anderer den eigenen Standpunkt verficht.

In einem Punkt allerdings ist er kompromißlos: in der Auslegung des Begriffes Demokratie. Demokratie und Einheit mit den östlichen Vorzeichen von Rechtsunsicherheit und Staatsvergottung lehnen er und seine Freunde ab. Er ist im tiefsten Kern seines Wesens ein aufrechter und aufrichtiger Mann. Verlogenheit ist ihm ein Greuel, jene politische Verlogenheit vor allen Dingen, die das bestimmende Merkmal des Naziregimes war und die sich leider heute wieder in dem krassen Widerspruch von Worten und Taten bei einer recht einflußreichen politischen Richtung findet. Wer von dieser giftigen Frucht, so meint Schumacher, ißt, stirbt daran, wenn nicht heute oder morgen, dann eines späteren Tages. Es essen aber heute schon wieder Millionen Deutsche, wie sie es zwölf Jahre lang taten, vom Brot der täglichen Selbsttäuschung und Selbstverleugnung, und täglich bekommen sie die Medizin der vorgeschriebenen Meinung gereicht, berauschen sich auch schon wieder an Illusionen und großen Worten. Sie haben dabei zwar einen schlechten Geschmack auf der Zunge, wenn sie es auch nur sich selbst zugeben. Die meisten von ihnen sind, wie ehedem, in einer Zwangslage.

Hier will Schumacher — und viele Millionen Deutscher gehen in diesem Punkt vorbehaltlos mit ihm — nicht mitmachen, hier sagt er freilich entschlossen: Nein. Denn er weiß, daß auch eine repräsentative Parteien-Einheit, wie

Gebühren beim Säuberungsverfahren

Für die Erhebung von Gebühren im politischen Säuberungsverfahren nach der neuen Verordnung vom 29. März hat das badische Staatssekretariat eine Landesverfügung erlassen. Die Gebühr wird danach von dem Streitwert berechnet, als der das höchste steuerpflichtige jährliche Einkommen des Betroffenen in den Jahren 1932 bis 1945 gilt. Die Grundgebühr beträgt bei einem Streitwert bis zu 3000 RM ein Prozent, aber mindestens 20 RM, sie steigt jeweils um ein halbes Prozent in den folgenden Stufen und erreicht bei einem Streitwert von mehr als 60 000 RM 4 Prozent. Die Grundgebühr wird erhoben, wenn der Betroffene als Hauptschuldiger, Schuldiger, Minderbelasteter oder Mitläufer erklärt wird. Für die Minderbelasteten wird ein Zuschlag von 50 Prozent, für Hauptschuldige und Schuldige ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben. In der Berufungsinstanz erhöhen sich die Gebühren um 50 Prozent.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sie geplant war, nur Wert hätte, wenn sie in der Gemeinsamkeit wie Gegensätzlichkeit der in ihr vertretenen verschiedenen Parteiauffassungen, ehrlich ist. Aber sie bleibt Selbsttäuschung und ein höchst gefährliches trügerisches Spiel, solange die Voraussetzungen für eine solche Aufrichtigkeit nicht gegeben sind, und zwar aus Gründen, die außerhalb deutscher Einwirkungsmöglichkeiten liegen. Es ist durchaus denkbar, ja wahrscheinlich, daß der Riegel dieser Hindernisse noch lange Zeit den Zugang zur wahren demokratischen Einheit Deutschlands versperrt. Das ist bitter, läßt sich aber zur Zeit nicht ändern — am wenigsten von uns.

Die Nürnberger SPD-Konferenz

Die Berliner Delegierten

Die Delegiertenkonferenz der Berliner SPD beschloß, an der vom 29. Juni bis 2. Juli in Nürnberg stattfindenden SPD-Parteikonferenz unter anderen den Vorsitzenden der Berliner SPD, Franz Neumann, die geschäftsführende Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder und den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr mit beratender Stimme teilnehmen zu lassen.

In einer Vorschau auf die Tagesordnung des Parteikongresses erklärte Erich Brest, der Vertreter des Parteivorstandes der SPD Berlin, daß in Nürnberg 750 000 Sozialdemokraten in Deutschland durch ihre gewählten Delegierten vertreten sein werden. Außerdem würden mehrere ausländische Gastdelegationen erwartet.

Der Sozialistenkongreß in Zürich

Deutscher Antrag auf Aufnahme abgelehnt — Verbindungskommission eingesetzt

Unter dem Vorsitz des Leiters der Schweizer Sozialistischen Partei, Dr. Oprecht, wurde am Freitag die erste Sitzung des Internationalen Sozialistenkongresses eröffnet, an dem über 100 Delegierte aus 22 Ländern teilnahmen.

Dr. Oprecht sprach den Wunsch nach einem sozialistischen Europa aus, das eine Mittlerrolle zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten übernehmen könne.

Die Sonntag-Vormittagssitzung des Kongresses war ausschließlich der Erklärung des Vorsitzenden der deutschen Delegation Dr. Schumacher und der Diskussion über diese Erklärung gewidmet. Dr. Schumacher erklärte: „Wir sind Sozialisten wie die anderen auch. Und mehr vielleicht als alle anderen brauchen wir die internationale Solidarität, um wieder ein demokratisches Deutschland zu errichten." Im Anschluß an seine Erklärungen antwortete Dr. Schumacher auf die zahlreichen Fragen, die ihm von den Delegierten gestellt wurden.

Anschließend an die Debatte wurde der Antrag der deutschen Delegierten auf Zulassung zur Konferenz, zu deren Annahme eine Zweidrittelmehrheit festgelegt worden war, mit neun gegen fünf Stimmen abgelehnt. Für die Zulassung stimmten: Großbritannien, Frankreich, Holland, Luxemburg, Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark und Österreich. Gegen die Zulassung gaben ihre Stimme ab: Ungarn, Palästina, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei. Der Stimme enthielten sich: Italien, Südafrika, Griechenland, Belgien und die Schweiz.

Es fehlte also nur eine Stimme, um die für die Zulassung erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Zulassung zu erreichen. In geheimer Wahl wurde dann mit 17 Stimmen bei zwei Stimmenthaltung beschlossen, eine Verbindungskommission einzusetzen, um die Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu unterstützen. Die Mitglieder dieser Kommission werden von folgenden Ländern gestellt: Österreich, Polen, Frankreich, Großbritannien, Holland, Norwegen, Belgien, Schweiz und Tschechoslowakei. Den Vorsitz führt Belgien. Die Kommission hat der nächsten Konferenz ihren Bericht vorzulegen und dann wird über die endgültige Zulassung der Delegation der SPD entschieden werden.

Der Kongreß befaßte sich im übrigen mit der Zulassung der bulgarischen Sozialistischen Partei, der italienischen Partei Saragat, die aus der italienischen Sozialistischen Partei ausgeschieden ist und mit dem spanischen Problem.

Die Aussprache über die Wiedererrichtung der Sozialistischen Internationale wurde durch einen einstimmigen Beschluß abgeschlossen.

Zu dem Thema sprachen u. a. der ungarische Industrieminister, der Generalsekretär der Labour Party Morgan Philips und der Generalsekretär der französischen Sektion der Arbeiterinternationale, Guy Mollet. Die Delegierten nahmen einstimmig eine von dem Präsidenten der belgischen Sozialisten Max Buset vorgeschlagene Entschließung an. Danach soll ein Ausschuß, zu dem jedes an dem Kongreß teilnehmende Land einen Vertreter stellt, die Grundsätze und die Arbeitsgebiete der Sozialistischen Internationale festlegen. In einem Jahr soll dieser Ausschuß, der nur vorbereitenden Charakter trägt, dem nächsten Kongreß seinen Bericht zur Prüfung vorlegen.

Der Vorsitz des Ausschusses wurde Frankreich übertragen. Er wird also in Paris tagen, und sicheren Informationen zufolge, soll Guy Mollet die Leitung übernehmen. Salomon Grumbach wird aller Wahrscheinlichkeit nach Frankreich in dem Neunerausschuß vertreten, der die Verbindung zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufrechterhalten soll und dessen Sitz Brüssel ist, da Belgien den Vorsitz inne hat.

Die Brot- und Fettversorgung Südbadens

Das Ergebnis der Besprechungen der Gewerkschaften

Die Zuteilung von 90 Gramm Maismehl zu der für den Monat Juni infolge des Mangels an Brotgetreide festgesetzten täglichen Brotration von 125 Gramm hat sich, wie die Erfahrung lehrte, insofern als nicht ganz zweckmäßig erwiesen, als es in vielen Fällen nicht möglich war, aus diesem Maismehl ein brotähnliches Gebäck herzustellen, oder es sonstwie zu verwenden, da es nicht nur an Milch, sondern auch an Hefe und anderem Material mangelte, um dieses Maismehl entsprechend verarbeiten zu können. Es wurde daher dem Wunsche weiter Kreise der Arbeiterschaft entsprochen, der dahin ging, das Maismehl mit dem Brotgetreide zu vermengen und daraus ein Mischbrot herzustellen. Dieses Brot hat zwar wohl ein etwas anderes Aussehen, büßt jedoch in der Nährkraft absolut nichts ein und ist, wie Versuche ergeben haben, durchaus bekömmlich. Mit dieser Lösung dürfte durchaus das Richtige getroffen worden sein.

Zu dem gleichfalls heiklen Problem der Fettversorgung sei noch bemerkt, daß die Zuteilung einer voraussichtlichen Fettmenge von 320 Gramm pro Monat an mancherlei Schwierigkeiten scheiterte, so vor allem an dem starken Rückgang der Milchablieferung, die teilweise damit begründet wurde, daß viele Milchkühe zur Feldarbeit verwendet werden müssen und infolgedessen weniger Milch geben, zum andern damit, daß die doppelte Sommerzeit eine Störung im Milchsammeln und in der Zufuhr zu größeren Verbraucherzentren mit sich gebracht habe. Diese zwei Faktoren allein können jedoch bestimmt nicht allein maßgebend für den starken Rückgang in der Milchablieferung sein. Die Ernährungsämter werden daher für ihre Bezirke die nötigen Maßnahmen treffen, um die Milcherzeugung wieder zu beleben und sie auf einen normalen Stand zu bringen. Die Heuernte und das in größeren Mengen verabreichte Grünfutter sind an sich ja schon Faktoren, die ein Ansteigen der Milchproduktion mit sich bringen. Man hofft daher zuversichtlich, für den Monat Juni mit der Ausgabe von 320 Gramm Fett rechnen zu können. 110 Gramm dieser Fettmenge werden durch die Freigabe von 110 Tonnen aus dem Fettsicherheitsstock gewährleistet, die restlichen 210 Gramm sollen aus der erhöhten Milchablieferung und deren Verarbeitung zu Butter fließen, auf die unbedingt hingearbeitet werden muß, um das Fettproblem einer befriedigenden Lösung entgegenführen zu können.

Was die Zuckerzuteilung betrifft, so kann hierzu gesagt werden, daß infolge der verspäteten Zufuhr nunmehr die Mai- und Junirationen gleichzeitig in absehbarer Zeit zur Verteilung gelangen. Für Juni sind weiter 400 Gramm Hülsenfrüchte pro Kopf vorgesehen, desgleichen etwa 400 Gramm Datteln. Letztere lagern allerdings noch in Antwerpen, werden jedoch so rasch wie möglich in die französische Zone transportiert.

Die französische Militärregierung hat volles Verständnis für die Nöte der Bevölkerung und ist, wie sie durch die nunmehr wieder eingeleiteten Maßnahmen bewies, mit allen Kräften bemüht, die Ernährungslage zu bessern. Sie erkennt auch den guten Willen der Arbeiterschaft und deren Verständnis für die Lage an, die durch die Gewerkschaftsvertreter der Militärregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht wurden. Nur durch diese verständnisvolle Haltung hat man auch zu der vorgesehenen Lösung gelangen können. Bei Manifestationen unorganisierter Arbeiter wäre ihr trotz besten Willens wohl nicht möglich gewesen, die gleiche Besserung zu erreichen, ganz abgesehen davon, daß durch eventuelle Streiks lediglich die Produktion gefährdet worden wäre, deren Belebung unbedingt erforderlich ist, um durch Export wieder die nötige Importware hereinzubringen. Gouverneur Pène hatte volles Verständnis für das von den Gewerkschaftsvertretern zur Ernährungslage Vorgebrachte, wie er ja auch derem Wunsche zustimmte, einen besonderen Ausschuß zu bilden, der sich mit der Ernährungslage befaßt, und diese mit ihm, so oft es nötig ist, bespricht, da er von dieser engen Zusammenarbeit eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft erhofft, wie er sich überhaupt aus einer engen Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit den deutschen Stellen großen Nutzen für die Bewohner der südbadischen Zone verspricht.

Was macht das Wetter?

Das ausgedehnte mit seinem Kern über Norwegen lagernde Tief ist in Auffüllung begriffen und ist somit für das Wettergeschehen über dem mitteleuropäischen Raum bedeutungslos geworden. Gleichzeitig führte anhaltender Luftdruckanstieg über dem Festland zu einer weiteren Ostwärtsverlagerung des bisher über der Biskaya stehenden Hochdruckgebietes. Damit wird ganz Mitteleuropa in seinen Einflußbereich gelangen, so daß auch hier für die nächste Zeit mit beständigerem Wetter zu rechnen ist. Aussichten bis Freitagabend: Überwiegend heiter und trocken, Tagestemperaturen allgemein über 20° ansteigend.

Amerika und die Lage in Ungarn

Scharfe Äußerungen des Präsidenten Truman

Im Verlauf einer Pressekonfernz erklärte Präsident Truman, daß er die Ereignisse in Ungarn für „skandalös" hielte, und bezeichnete die Lage in diesem Land als „schrecklich".

Er fügte hinzu, daß das Staatsdepartement eine Untersuchung über diese Angelegenheit eingeleitet hat.

Der Präsident der Vereinigten Staaten sprach im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen, die sich in Budapest abgespielt haben, ganz im Sinne der amerikanischen Reaktion, als er in ungewöhnlich scharfen Worten das Verfahren anprangerte, das angewandt wurde, um den Regierungswechsel in Ungarn herbeizuführen. Es ist selten, daß ein Präsident der Vereinigten Staaten in so kategorischer Form zu den Ereignissen Stellung nimmt, die sich in einem Lande abspielen, mit dem die Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalten.

Wenn auch der Präsident erklärt hat, daß die amerikanische Regierung nicht die Absicht habe, den Ereignissen mit verschränkten Armen zuzusehen, so muß doch festgestellt werden, daß von einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Budapest und von der Möglichkeit, besondere Maßnahmen zu ergreifen, überhaupt nicht die Rede war. Allerdings gab der Präsident zu verstehen, daß es Sache des Staatsdepartements sei, derartige Maßnahmen zu ergreifen.

Im Londoner Foreign Office wurde mitgeteilt, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten an die sowjetischen Behörden in Budapest eine gemeinsame Note gerichtet haben, in der sie Aufklärung über die Ereignisse verlangen, die zum Rücktritt Nagys geführt haben.

Frankreich und die Vorschläge General Marshalls

Die Aufforderung des amerikanischen Staatssekretärs, General Marshalls, an die europäischen Staaten, sich zur Wiederherstellung ihres Wirtschaftslebens zusammenzuschließen, wurde in Paris an amtlichen Stellen mit größter Genugtuung begrüßt. Man glaubt, annehmen zu können, daß die erste Folge dieser Aufforderung der Zusammentritt einer europäischen Wirtschaftskonferenz sein werde, auf der die notwendigen Beschlüsse gefaßt werden könnten, um zu einem einheitlichen Vorgehen im Wiederaufbau der Wirtschaft zu gelangen. Man ist in Paris davon überzeugt, daß die Rede Marshalls die offizielle Stellungnahme der Vereinigten Staaten in der Frage ihrer künftigen Außenpolitik bedeute. Man fügt in Paris hinzu, daß diese Rede seit der im März bekanntgegebenen Trumandoktrin die wichtigste Stellungnahme der Vereinigten Staaten darstelle. Die Rede sei die konstruktive Anwendung der Trumandoktrin in Fragen der europäischen Wirtschaft. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe durch Marshalls Rede deutlich zu verstehen gegeben, daß sie alles daransetzen wolle, um den Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft zu verhüten. Man verkennt in Paris nicht, daß es den Vereinigten Staaten allein nicht möglich sei, den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft vorzunehmen, daß vielmehr sämtliche oder wenigstens der größte Teil der europäischen Staaten dazu beitragen müßte. Eine Zusammenarbeit der Länder Europas wird, wie in Washington, so auch in Paris für unerläßlich erachtet. Man ist überzeugt, daß die Vereinigten Staaten, wenn die europäische Wirtschaft durch die europäischen Staaten auf feste Grundlagen gestellt würde, bei deren Wiederaufbau hilfreich zur Seite stehen würden.

Die Nürnberger Prozesse

Im Prozeß gegen die 15 Nazijuristen und Staatssekretäre in Nürnberg legte der amerikanische Anklagevertreter Robert D. King dem Gericht einen Zeitungsausschnitt der „Fränkischen Tageszeitung" aus dem Jahre 1943 vor, der den Angeklagten Oswald Rothaus besonders belastet und ein typisches Beispiel nazistischer Gerichtsbarkeit darstellt. Rothaus verurteilte nach diesem Dokument als Vorsitzender des Sondergerichts in Nürnberg einen Polen lediglich wegen eines Verhältnisses zu einer deutschen Frau zum Tode.

Im Prozeß gegen die 23 Naziärzte und Wissenschaftler kamen die Meerwasserversuche des Angeklagten Wilhelm Beiglboeck zur Erörterung, wobei aus einem Sachverständigengutachten hervorging, daß bei ausschließlichem Genuß von Seewasser in spätestens zwölf Tagen akute Lebensgefahr für die Versuchspersonen bestand. Weiter machte der als Zeuge vernommene ehemalige Häftling Dorn im KZ Buchenwald nähere Angaben über die dortigen Zustände. Der Lagerarzt Hoven habe einen weißrussischen General und vier deutsche Häftlinge liquidiert, weil sie angeblich Verräter gewesen seien.

Bei der Verhandlung im Prozeß gegen Oswald Pohl und 17 weitere Beamte des SS-WVHA erklärte der frühere Adjutant Himmlers und höchste SS- und Polizeiführer in Italien, General der Waffen-SS Wolff, im Polenfeldzug seien nur drei SS-Regimenter eingesetzt gewesen, in Frankreich bereits drei SS-Divisionen, und bei Kriegsende habe die Waffen-SS über etwa 36 bis 40 Divisionen verfügt. Über eine Million Männer seien im Laufe des Krieges durch die Waffen-SS gegangen, wovon etwa 300 000 fielen. Von den 35 000 Wachtposten der KZ-Lager hätten nur 6000 Mann der SS angehört. Er glaube, daß nur etwa 150 Personen von der Bedeutung der Gaskammern gewußt hätten. Er schäme sich heute, wie jeder Deutsche, daß diese Massenvernichtungen von Juden vorgekommen seien. Wolff mußte bei der weiteren Vernehmung zugeben, von Himmlers Programm der Judenvernichtung Kenntnis gehabt zu haben. Der ehemalige SS-Obergruppenführer August Frank machte Angaben über das den Juden weggenommene Vermögen, das sich vor dem Kriege auf etwa 5 bis 6 Milliarden Goldmark belaufen habe. Davon seien mindestens 85 Prozent den Kassen des Reichsfinanzministeriums überwiesen worden.

Eisenbahnerstreik in Frankreich

Am Vorabend wichtiger Entscheidungen

Die Räder stehen still. Der Streik der Eisenbahner, der sich von Paris aus allmählich auf die Provinz ausdehnt, der die Lebensmittelversorgung der Großstädte gefährdet und bereits den gesamten Postverkehr lahmgelegt hat, bildet gewissermaßen den Höhepunkt einer Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften, die seit Wochen die französische Öffentlichkeit in Spannung hält. Die Frage ist nun, ob unter diesen Umständen die bisherige Preis- und Lohnpolitik weiter fortgesetzt werden kann, oder ob man sich zu einer radikalen Änderung der Methoden entschließen kann, die in Arbeiterkreisen denkbar unpopulär und als untragbar angesehen werden.

Ministerpräsident Ramadier hat von der parlamentarischen Fraktion seiner Partei erneut ein Vertrauensvotum erhalten, die bisherige Politik fortzuführen. Er ist entschlossen, sich von der einmal als richtig erkannten Linie unter keinen Umständen abdrängen zu lassen und im Interesse der Rettung des Franken alles zu vermeiden, was einen allgemeinen Preisauftrieb und damit eine neue Inflation zur Folge haben könnte. Die Situation hat sich jedoch durch den Eisenbahnerstreik und die immer größeren Umfang annehmende Unzufriedenheit unter den Arbeitermassen, die mit den heutigen Löhnen einfach nicht mehr zurechtkommen, derartig zugespitzt,

daß die Fortführung der bisherigen Politik, zumindestens in ihrer bisherigen Form, als unsicher erscheint.

Die Spannung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften hat sich noch dadurch verschärft, daß Ministerpräsident Ramadier abgelehnt hat, mit den Eisenbahnern zu verhandeln, solange der Streik andauert. Er will nicht unter Druck verhandeln. In einem durch Rundfunk verbreiteten Appell fordert der Regierungschef die Eisenbahner auf, Vertrauen zur Regierung zu haben, die alles Erdenkliche tun werde, um das Los der Arbeiter zu verbessern, ohne das wirtschaftliche Gleichgewicht des Landes zu gefährden, weshalb die Arbeiter unverzüglich die Arbeit wieder aufnehmen sollen.

Während man in kommunistischen Kreisen betont, daß die Arbeiter an der Grenze des Erträglichen angelangt seien, daß besonders die Eisenbahner zu den ruhigsten und den verantwortungsbewußtesten Kreisen der Arbeiterschaft gehörten und es schon weit kommen müsse, bevor gerade diese die Arbeit niederlegten, betont man in rechtsgerichteten Kreisen, daß es sich hier um ein großangelgtes Manöver der Kommunisten handele, die auf diese Weise ihren Wiedereintritt in die Regierung erzwingen wollten. „L'Aurore" meint, der Kampf trete allmählich aus dem parlamentarischen Rahmen heraus. Könne man es unter diesen Umständen den Republikanern verdenken, wenn sie alle Hoffnungen auf de Gaulle setzten? Einstweilen handele es sich zwar nicht um eine Machtprobe, es gehe jedoch bereits um eine Frage der Regierungsautorität, deren Ernst nicht übersehen werden könnte.

Die Regierung hat Sicherheitsmaßahmen getroffen. Sie erklärt, daß es sich für den Augenblich nicht darum handele, die Eisenbahnen zu requirieren. Unter dem Vorsitz Ramadiers fand bereits ein engerer Kabinettsrat statt, an dem der Generalstabschef teilnahm. Die Situation in Frankreich ist im übrigen normal und es ist bisher nirgends zu Unruhen gekommen.

Aus allen vier Zonen

Russische Zone:

Berlin. Die Bauern in der Sowjetzone können über ihr Ablieferungssoll für 1946 hinaus Kartoffeln abliefern und erhalten dafür 55 Kilogramm pro Zentner für das nächste Erntejahr gutgeschrieben. Mit dieser Maßnahme hoffen die Behörden die Kartoffelversorgung bis zur neuen Ernte verbessern zu können.

Berlin. Der Einsatz von Ferienzügen, die den allgemeinen Ferien- und Reiseverkehr der Werktätigen in der Sowjetzone abwickeln sollen, ist in den Monaten Juli bis September geplant.

Berlin. Der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten erstreckt sich, wie das sowjetische Nachrichtenbüro meldet, auch auf deutsche Bürger, die von sowjetischen Militärgerichten in der sowjetischen Besatzungszone abgeurteilt werden. Bereits verhängte Todesstrafen werden danach in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt.

Amerikanische Zone

Bremen. Der Bremer Jugendtag, auf dem 60 von der amerikanischen Militärregierung in Bremen lizenzierte Jugendverbände mit ihren rund 18 000 Mitgliedern vertreten sind, wurde hier eröffnet. Gleichzeitig wurde das mit amerikanischen Mitteln erbaute Bremer Jugendheim den Jugendlichen übergeben.

Frankfurt. Die Entlassung von 5308 deutschen Kriegsgefangenen, die dem Europakommando noch unterstehen, aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft bis zum 30. Juni 1947 kündigte das amerikanische Hauptquartier für den europäischen Befehlsbereich an. Alle Krankenhäuser für Kriegsgefangene und das Entlassungslager Heilbronn wurden der Verlautbarung nach bereits geschlossen. Das Entlassungslager Dachau arbeitet noch zur Abfertigung der Kriegsgefangenen aus Italien, Belgien, Luxemburg und der britischen Zone.

Frankfurt. Kronjuwelen im Werte von einer Million Dollar, aus dem Besitz der Großherzogin Theodora von Sachsen-Weimar-Eisenach, wurden, wie ein Sprecher des amerikanischen Hauptquartiers mitteilte, im vergangenen Oktober aus der sowjetischen in die amerikanische Besatzungszone geschmuggelt. Die Juwelen wurden nach der Entdeckung des Schmuggels beschlagnahmt.

München. Der stellvertretende amerikanische Kriegsminister Howard C. Peterson erklärte, daß sich die amerikanische Besatzungspolitik seit 1945 geändert habe, nachdem sie aus ihrer zwangsläufigen Ziesetzung, wie Demontagen und Entmilitarisierung herausgetreten sei, so daß man sie heute als konstruktiv bezeichnen könne. Die Entmilitarisierung, führte Peterson aus, sei beendet worden, aber die beste Sicherheit gegen ein Wiederaufleben des Militarismus sei eine vom Volk gewählte und dem Volk verantwortliche Regierung.

Englische Zone

Hamburg. Der Vorschlag der britischen Militärregierung für die Verordnung zur Agrarrefom in der britischen Zone liegt seit kurzem vor und wird in der kommenden Woche in dem Ausschuß des Zonenbeirats erörtert werden.

Hamburg. Die Bildung eines interzonalen Arbeitsausschusses der deutschen Journalistenverbände wurde auf dem deutschen Journalistentag beschlossen. Die Vorsitzenden der einzelnen Journalistenverbände werden je zwei Delegierte für diesen Ausschuß ernennen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

STIMMEN DER HEIMAT

Forderung der Fliegergeschädigten

In einer stark besuchten Versammlung des Bundes der Fliegergeschädigten sprach nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Schriftführer Müller über Aufgaben und Ziele des Bundes, dessen Kernforderung die Schaffung eines gerechten Lastenausgleichs sei, bei dem vor allem die Gewinne der Konjunkturritter, Schieber und Schwarzhändler sowie die Kriegs- und Rüstungsgewinne verstärkt heranzuziehen seien. Bis zur Verwirklichung dieses Lastenausgleiches wolle sich der Bund an allen Hilfsmaßnahmen beteiligen, die das harte Los der Fliegergeschädigten erträglich machen, und mit staatlichen und städtischen Stellen sowie anderen Hilfsorganisationen zusammenarbeiten.

Einstimmige Annahme fand eine Entschließung, die u. a. bevorzugte Berücksichtigung der Fliegergeschädigten und Evakuierten bei den Wirtschaftsämtern hinsichtlich der Verteilung von Einrichtungs- und Haushaltungsgegenständen sowie unverzügliche Instandsetung von Wohnraum und Werkstätten fordert. Unter keinen Umständen dürfe Wohnraum zu Büro- oder Verwaltungszwecken benutzt oder umgebaut werden. Weiter wird eine Vertretung des Bundes in den Wohnungs- und Wirtschaftsausschüssen gefordert sowie die Ausstellung einer für die französische Zone Badens gültigen Bezugskarte für Geschädigte und deren bevorzugte Berücksichtigung bei der Verteilung lebensnotwendiger Güter. Zum Schluß werden die zuständigen Stellen gebeten, durch Vermögens- und Schadensfeststellung in gerechter Weise den Lastenausgleich vorzubereiten und zu sichern.

Der Leiter des Städtischen Wohnungsamtes, Gen. Schieler, unterstrich im wesentlichen die Berechtigung der Forderungen auf bevorzugte Wohnraumschaffung, wobei er an Hand von Zahlen die katastrophale Wohnraumnot beleuchtete. Er trat der Auffassung des Vorredners entgegen, der in der freien Initiative die rascheste Wohnraumschaffung sah und erklärte, nur durch planvollen Einsatz der Kräfte und Baustoffe sowie planmäßige Entrümmerung könne der Wiederaufbau am stärksten gefördert werden.

Jeden Montag, Mittwoch und Freitag finden von 17 bis 19 Uhr Sprechstunden für die Einwohnerschaft im Hause der Bäckerei Kalchthaler in der Eisenbahnstraße statt.

Kartoffeln, Maismehl, Hülsenfrüchte

Das Ernährungsamt teilt mit: Auf nachstehende Abschnitte der Kartoffelbezugsausweise der Stadt Freiburg werden für den Monat Mai aufgerufen:

Kartoffeln: Kinder bis zu sechs Jahren auf Abschnitt 27/I = 2,5 Kilo, Jugendliche von sechs bis zehn Jahren auf Abschnitt 27/II = 5 Kilo, von 10 bis 18 Jahren auf Abschnitt 27/I = 5 Kilo. — Hülsenfrüchte: Kinder von drei bis sechs Jahren auf Abschnitt 26/I = 500 g, Jugendliche von 6 bis 10 Jahren auf Abschnitt 25/III = 1000 g, von 10 bis 18 Jahren auf Abschnitt 26/III = 1300 g, Erwachsene über achtzehn Jahre auf Abschnitt 26/III = 1800 g. — Maismehl: Kinder bis zu drei Jahren auf Abschnitt 26/I = 300 g, von drei bis sechs Jahren auf Abschnitt 25/II = 500 g, Jugendliche von sechs bis zehn Jahren auf Abschnitt 25/II = 1000 g, von zehn bis achtzehn Jahren auf Abschnitt 26/II = 1300 g, Erwachsene über 18 Jahre auf Abschnitt 26/II = 1800 g.

Personen, die Kartoffeln eingekellert haben, erhalten nur in den Altersstufen bis zu 18 Jahren Kartoffeln und nur in den Altersstufen von zehn bis achtzehn und über achtzehn Jahren Hülsenfrüchte und Maismehl. Die Kartoffeln werden ohne Rücksicht auf Vorbestellung in den Geschäften ausgegeben, die durch Aushang kenntlich gemacht werden, während Maismehl und Hülsenfrüchte nur von den Geschäften zu beziehen sind, in denen die Vorbestellung für Kolonialwaren abgegeben wurde.

Bezirk Unterwiehre

Am Mittwoch, 11. Juni, 20 Uhr, treffen sich die Genossinnen und Genossen im Lokal „Zum grünen Baum" in Günterstal. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Tod im Wasser

Im Strandbad des Vororts St. Georgen ertrank beim Baden ein 14jähriger Junge aus der Uffhauser Straße. Die vom Bademeister und einem Arzte vorgenommenen Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Weiterführung der Meldepflicht

Wir weisen auf die heutige amtliche Bekanntmachung betreffs Weiterführung der Meldepflicht hin.

Landesausschußtagung der „Arbeiterwohlfahrt"

An der Landesausschußsitzung der „Arbeiterwohlfahrt" in Freiburg nahmen Vertreter aller größeren Ortsgruppen unserer Zone teil. Nach Eröffnungsworten des provisorischen Vorsitzenden des Landesverbandes, Gallinger, berichtete Frau Schanzenbach (Gengenbach) eingehend über die erste Jahrestagung der Arbeiterwohlfahrt vom 3. bis 5. Mai in Kassel.

Für die eingehenden Auslandsspenden wurde folgender Verteilungsschlüssel angenommen: 5 Prozent hiervon stehen zur Verfügung des Landesverbandes. Nach dessen Abzug entfallen auf die Bezirke Freiburg 30, Offenburg 25, Villingen 20, Schopfheim 15 und Konstanz 10 Prozent. Die Aussprache ergab auch einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit der einzelnen Ortsgruppen und über die geplante Schaffung weiterer Ortsgruppen. Der Landesvorstand wurde damit beauftragt, die Hereinbringung von Auslandsspenden von sich aus zu betätigen, da hierin bei einer zentralen Leitung mehr erreicht werden könne. Übereinstimmung herrschte auch darüber, einen erheblichen Teil ausländischer Lebensmittelspenden für die beiden bereits bestehenden Kindererholungsheime der „Arbeiterwohlfahrt" abzuzweigen. Auch das Problem der Kinderlandverschickung und ihrer tatkräftigen Förderung wurde eingehend erörtert. — Einen interessanten Bericht über die Verteilung ausländischer Spenden an die verschiedenen freien Wohlfahrtsorganisationen der gesamtfranzösischen Zone gab der Vertrauensmann der Landesleitung beim Zentralausschuß in Baden-Baden, Dr. Bauer. Er hob die Notwendigkeit hervor, daß der Landesverband ihm möglichst detaillierte Berichte über die Spendenverwendung übermittle, aus denen vor allem hervorgehe, welche Bettenzahl die Kindererholungsheime aufweisen, da sonst die Gefahr bestehe, daß die „Arbeiterwohlfahrt" gegenüber anderen Organisationen ins Hintertreffen gerate.

Einzelvortrag der Volkshochschule

Am Freitag, 13. Juni, 20.15 Uhr, spricht im Hörsaal 54 der Universität Paul Renner, der frühere Direktor der Meisterschule in München, über „Ordnung und Harmonie der Farben" (mit Lichtbildern). Renner gilt als der bedeutendste Fachmann auf dem Gebiet der künstlerischen Druckschrift und ist zugleich Maler „aus Passion".

Wintersemester 1947/48

Zu der gleichnamigen Notiz in unserer vorigen Ausgabe erfahren wir noch, daß alle, die die Reifeprüfung erst im Juli ablegen, das Reifezeugnis bis zum 31. Juli nachbringen können.

Freiburger Bachstunden

Die Hochschule für Musik, Freiburg, führt vom 13.—16. Juli den 4. Zyklus der „Freiburger Bachstunden" im Augustinermuseum durch. Bei diesen Veranstaltungen werden zum ersten Mal wieder Künstler aus Basel mitwirken: Adelheid Laroche, Sopran, und August Wenzinger, Gambe.

Frl. Laroche ist als Oratoriensängerin in Deutschland, besonders in Freiburg, seit langem bestens bekannt, und Herr Wenzinger gilt als der bedeutendste Vertreter seines Instrumentes. Näheres an den Anschlagtafeln.

Freikonzerte des Badischen Hilfswerks

Die Sanitätskapelle des Badischen Hilfswerks setzt ihre Wohltätigkeitsveranstaltungen am Donnerstag, 12. Juni, 20 Uhr, mit einem Konzert in der Medizinischen Universitätsklinik (ehem. Kreispflegeanstalt) fort. Weitere Konzerte finden alle 14 Tage jeweils donnerstags in Krankenhäusern und Altersheimen statt.

Ihren 80. Geburtstag feierten in geistiger und körperlicher Frische am 1. Juni Michael Hanser, Wolfenweiler, und am 10. Juni Frau Pauline Bürgelin geb. Küchlin, aus dem Ortsteil Leutersberg. Die Jubilarin arbeitet noch immer sehr rege in Hof und Garten.

Abschied von Jubilaren

Am 1. Juni ist der in weitesten Wirtschafts- und Arbeiterkreisen bekannte Regierungsinspektor Oßwald beim Arbeitsamt Freiburg mit der Erreichung der Altersgrenze in den verdienten Ruhestand getreten. O. war seit Januar 1916, zuerst als Arbeitsvermittler und zuletzt als Abschnittsleiter, beim Arbeitsamt tätig. In dieser Zeit erlebte er die Geschichte und Entwicklung eines der größten badischen Arbeitsämter aus bescheidenen Anfängen bis zur heutigen Bedeutung. Seine gewissenhafte und pflichttreue Arbeit an verantwortungsreicher Stelle, besonders in den schwierigen Zeiten zweier großer Kriege und deren Folgen für die Wirtschaft sichern ihm den Dank weiter Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise.

Gleichzeitig wurde auch der seit 1924 in der Verwaltung tätige Angestellte Bank nach treuester Pflichterfüllung in den Ruhestand versetzt. In einer der Zeit angepaßten Abschiedsfeier wurde beiden Jubilaren von der Amtsleitung und den Kollegen der Dank mit den herzlichsten Wünschen für den wohlverdienten Ruhestand ausgesprochen.

Aus Partei und Gewerkschaften

Freiburg. Landesvereinigung der Gewerkschaften der Angestellten und der freien Berufe in der französischen Zon Badens: 14 und 15. Juni, Gewerkschaftshaus, Vertretertagung der Delegierten aller Angestelltengewerkschaften Südbadens.

Noch einmal „Lachen links!"

Wieder eine verunglückte Aktion einer CSV-Größe

„Das Volk" hat die diktatorischen Regierungsmethoden des Bötzinger Bürgermeisters schon wiederholt unter die kritische Lupe genommen. Die Bevölkerung des für politische Diskussionen aufgeschlossenen Kaiserstuhls nahm an diesen Auseinandersetzungen stets regen Anteil, wobei „Das Volk" die Lacher auf seiner Seite hatte. Endlich hat man im Lager der CSV einen Schreiberling aufgestöbert, dem die mißliche Aufgabe gestellt war, dem hartbedrängten Bötzinger Bürgermeister zur Hilfe zu eilen. Und so finden wir in der Ausgabe der „Südwestdeutschen Volkszeitung" vom 17. Mai einen Artikel, dessen Verfasser sich das Schulgeld herausbezahlen lassen sollte. Ein windigeres Deutsch und eine miserablere Stilistik ist im deutschen Blätterwald seit Waldmichels Zeiten wohl nicht mehr produziert worden.

Zur sachlichen Entkräftung der Feststellungen im „Volk" mußte unter diesen Umständen der Sprit fehlen. Die eifrigen Bemühungen des Bürgermeisters, die aktivistischen Nazis beiderlei Geschlechts im Gemeindedienst behalten zu können und die Begönnerung der inzwischen internierten Polenschläger, die den Kernpunkt unserer Polemik bildeten, wurden mit nichtssagenden Redensarten übergangen. Statt dessen wird ein Bötzinger Handwerker, der meisterliche Arbeit ausführt, ohne als Meister amtlich abgestempelt zu sein, in echt christlicher Manier angepöbelt, weil dieser glaubte, er könne auf Grund der in der weiten Welt erworbenen Erfahrungen das Amt eines Bürgermeisters versehen. Wenn Gott ihm zum Amt auch noch den Verstand verliehen hätte, was er — wie man am Bötzinger Beispiel sieht, — leider nicht immer zu tun pflegt, dann wäre die Gemeinde sicherlich nicht schlecht gefahren.

Wir wollen zunächst einmal die politische Entwicklung des jetzigen Bürgermeisters, der sich als weithin leuchtender Komet am CSV-Himmel feiern läßt, etwas näher betrachten. Nachdem der jetzige Ortsgewaltige als ehrendolchtragender Führer der Kaiserstühler Sanitätskolonnen den damit verbundenen Nazirampf mitgemacht und in einer Naziversammlung erklärt hatte, wer jetzt noch nicht wisse, wohin er gehöre, dem sei nicht mehr zu helfen, schien ihm nach dem Zusammenbruch eine politische Neuorientierung zweckmäßig zu sein. Er begab sich eines Tages zur Landesleitung der Sozialistischen Partei, wo man von ihm den Eindruck gewinnen mußte, daß er ein waschechter Roter sei, der das Zeug in sich habe, aus dem Kaiserstuhl eine sozialistische Hochburg zu machen. Als er jedoch zu merken schien, daß man dort aus Gründen der politischen Sauberkeit eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legte, warf er sich der CSV in die Arme, die für jeglichen Zuwachs dankbar zu sein scheint.

Der Artikelschreiber der „Südwestdeutschen Volkszeitung" weist mit Stolz darauf hin, daß der Bötzinger Bürgermeister das Vertrauen der „überwältigenden Mehrheit" der Einwohner genieße. Die inzwischen durchgeführten Wahlen sprechen aber eine andere Sprache. Bei den Gemeindewahlen im September 1946 erhielt die CSV 702 Stimmen; gegenüber den 217 Stimmen, die auf die Liste der Freien Bauern und Bürger entfielen, war dies zweifellos eine stattliche Mehrheit, die sich aber bei einer Personenwahl nicht auf den jetzigen Bürgermeister vereinigt hätte. Einen Monat später, im Oktober 1946, mußte die CSV bei den Kreiswahlen schon erheblich Haare lassen; sie konnte nur noch 437 Stimmen für ihre Liste buchen. Dann kam der „schwarze Tag", der 18. Mai 1947, an dem die CSV ihren Anhang auf 371 Stimmen herabsinken sah. Die CSV hat also seit September 1946 annähernd 50 Prozent ihrer Wählerstimmen eingebüßt, obwohl der Bürgermeister einen regelechten Autoschleppdienst eingerichtet hatte und es an den kirchlichen Propagandamitteln nicht fehlte.

Ganz anders gestaltete sich das Bild für die Sozialistische Partei, die sich nicht der behördlichen Aufmerksamkeit und auch nicht der Gunst der aus allgemeinen Steuermitteln besoldeten geistlichen „Parteisekretäre" erfreuen darf. Bei den Kreiswahlen im Oktober 1946 erhielt sie 68 Stimmen, die sie am 18. Mai 1947 in dieser fast rein bäuerlichen Gemeinde auf 109 Stimmen zu steigern vermochte. Während die CSV etwa 50 Prozent ihrer Stimmen verlor, konnte die SP im gleichen Zeitraum eine Zunahme von etwa 50 Prozent verzeichnen.

Wir sind mit diesem Ergebnis und auch mit der ungewollten Propaganda des dortigen CSV-Bürgermeisters für unsere Sache sehr zufrieden. Man sagt in Bötzingen, der Apfel falle nicht weit vom Stamm und deshalb darf man wohl hoffen, daß es dem „Geschick" des Bürgermeisters gelingen wird, der CSV den letzten Wähler abspenstig zu machen.

E. Sch.

„Die Mörder sind unter uns!"

Deutschlands erster Nachkriegsfilm: Ausdruck der Idee und der künstlerischen Leistung

Seit dem amerikanischen Remarque-Film „Im Westen nichts Neues" und den deutschen Filmen „Westfront 1918" und „Die andere Seite", die vor mehr als anderthalb Jahrzehnten die nationalsozialistische Unterwelt auf den Plan riefen und 1933 in Acht und Bann getan wurden, haben wir kein Filmwerk mehr gesehen, das sich mit solch beispiellosem Fanatismus, solch schonungsloser Härte und Offenheit zum Ankläger gegen den Würger „Krieg" gemacht hätte wie das, was Wolfgang Staudte hier geschaffen hat. Wieder einmal wird es offenbar, welch unerhörte Macht der Film in den Händen Berufener bedeutet — und wie selten man sich eigentlich dieser Macht im positiven Sinne bislang bedient hat. Dieser Film stellt jeden Zuschauer vor die Frage, ob er sich zu ihm und seiner Tendenz bekennt oder ihn ablehnt, weil er die Wahrheit haßt und sich lieber durch angenehmer mundende Lügen über seine eigene Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber hinwegtäuschen lassen will. Diese Menschen, die sich von vornherein feindlich einstellen, wird Staudtes Film nie für sich gewinnen, aber den Lauen wird er das Gewissen schärfen und eine vielleicht letzte Warnung sein, nicht noch einmal blind solch ein grauenhaftes Elend heraufzubeschwören, wie es von einem, der alle Maßstäbe verloren hatte, ausgelöst wurde.

Neben dieser politischen Bedeutung des Films steht sein künstlerischer Wert. Was hier eine Handvoll von ihrer Idee besessener deutscher Filmleute unter den denkbar schwierigsten und kärglichsten Bedingungen erreicht hat, das verdient höchste Bewunderung. Außer Helmut Käutners „Romanze in Moll" und Harald Brauns „Träumerei" gibt es wohl kaum einen deutschen Film, der so sehr aus dem Geiste des „Lichtspiels", so sehr mit allen Wundern der „entfesselten Kamera" gestaltet und damit wirklich Film dichtung geworden wäre wie Wolfgang Staudtes Werk, das bewußt die hinreißende Kraft des Sichtbaren über den Dialog (der der Welt des Theaters angehört) stellt. Wo sonst noch als etwa in der großen russischen Stummfilmära vor zwei Jahrzehnten enthüllte die Kamera alle Wunder der menschlichen Gebärde so aufwühlend, aber auch so zart wie hier! Kann man diese Gesichter je wieder vergessen? Einem der fähigsten Kameraleute des deutschen Films, Friedl Behn-Grund, gelang hier sein bisher Bestes.

Die Handlung selbst ist zum Kammerspiel verdichtet. Ein Mann, der am Grauen des letzten Krieges innerlich zerbrochen ist, — ein Mädchen das sein Leben neu beginnt und ihm tapfer zur Seite steht, — ein ehemaliger deutscher Offizier, der sich „umgestellt" hat und wieder lachen kann, obwohl er eine schwere Schuld auf sich geladen hat: das sind die eigentlichen Gestalten des Spiels, hinter dem sich die Mauerstümpfe der totwunden Stadt gespenstisch und anklagend aufrecken. Zwischen Anfang und Ende liegt die Läuterung des einen und die Sühne des anderen, — liegt der Beginn einer jungen, reinen Liebe, die über die Schatten der Vergangenheit siegen wird.

Neu und unverbraucht wie der Mann, der die Handlung ersann und als Spielleiter meisterhaft formte, sind auch die Darsteller: keine „Stars", sondern Menschen im höchsten und beglückendsten Sinne! Aus dem reinen, klaren Antlitz Hildegard Knefs mit den hellen, gläubigen Augen spricht eine Kraft des inneren Miterlebens und -erleidens, die erschüttert. Die schwerere Aufgabe hatte Ernst W. Borchert, der mit dem jungen Arzte trotz der sehr harten, ja brutalen Anlage der Rolle stärkstes Mitgefühl wecken mußte. Eine große Leistung! Arno Paulsen ist der äußerlich joviale Offizier mit der feigen, grausamen Seele; erschreckend echt in jeder Regung seiner satten äußeren Erscheinung. Selbst in den Randgestalten, wie etwa dem alten Brillenmacher und dem „Hellseher", wird echtes, funkelndes Leben spürbar.

Daß der erste deutsche Nachkriegsfilm — im Gegensatz zum österreichischen, der sich mit einem glatten Unterhaltungsstück begnügte, — revolutionäre Haltung zeigt und daß er an die Stelle des falschen „Heroismus" der Vergangenheit, dem Millionen geopfert wurden, den wahrhaft heroischen Geist der Menschlichkeit setzt, erfüllt uns mit Genugtuung und mit der Hoffnung, daß der deutsche Film auf diesem neuen Wege weiterschreiten wird als Rufer im Kampfe gegen Militarismus und Reaktion und für die unzerstörbaren Ideale der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Freiheit!

R. B.

Landkreis Emmendingen

Unermüdliche Arbeit der Emmendinger Gewerkschaften

Im Löwen-Saal fand die Generalversammlung des Ortsausschusses Emmendingen der Gewerkschaften statt. Kollege Sütterlin eröffnete als Vorsitzender des Ortsausschusses die Versammlung, zu der alle Gewerkschaften des weiten Kreisgebietes ihre Delegierten entsandt hatten. In seinem umfassenden Geschäftsbericht gab er einen interessanten Rückblick auf die Arbeit in den letzten zwei Jahren, erinnerte an die Anfangsschwierigkeiten, an die dann rasch aufeinanderfolgenden Gründungen der Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter, der Textilarbeiter, der Angestellten, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Leder- und der Tabakarbeiter, die jedoch ihre Gewerkschaften wieder aufgelöst und sie mit der der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter verschmolzen haben. Weiter betonte er, daß die gewerkschaftlichen Aufgaben und die Arbeiten der Verwaltung immer größer geworden seien und zollte dem Kollegen Thurner aus Riegel, dem ersten Verantwortlichen im Gewerkschaftsbüro, und seinem Nachfolger, dem Kollegen Julius Blum für ihre verdienstvolle Arbeit Dank und Anerkennung. Der größte Prozentsatz der Arbeit des Gewerkschaftssekretärs sei in der letzten Zeit der Ernährungsfrage gewidmet gewesen. In unzähligen Sitzungen sei zu diesem schwierigsten aller Probleme immer wieder Stellung genommen worden.

Über die Arbeit des Gewerkschaftsbüros im besonderen berichtete anschließend Gewerkschaftssekretär Kollege Julius Blum. Nach einer mit reichem Zahlenmaterial ausgestatteten Übersicht hob er hervor, daß durch das ständig wachsende, aber unbedingt erforderliche Einschalten der Gewerkschaften in das Problem der Ernährung die eigentliche Gewerkschaftsarbeit zwangsläufig in den Hintergrund trete; dennoch aber dürfe man diese Arbeit nicht vernachlässigen. Unablässig müsse in den einzelnen Betrieben der gewerkschaftliche Gedanke vorwärtsgetrieben werden. Im Landkreis seien rund 3000 Frauen und Männer organisiert. Die jungen Menschen vor allem seien zur Mitarbeit heranzuziehen. Um den Funktionären den Weg nach Emmendingen zu ersparen, werden, so kündigte der Gewerkschaftssekretär abschließend an, im Elztal (Kollnau-Gutach) und im unteren Breisgau (Herbolzheim) Unterausschüsse des Ortsausschusses gebildet werden, und nur zu besonders wichtigen Angelegenheiten werden die Funktionäre des ganzen Kreises nach Emmendingen gerufen werden. Den Kassenbericht, der für den Ortsausschuß eine gute Finanzlage auswies, erstattete Kollege Heiland, dem Kollege Zahn in seiner Eigenschaft als Revisor für seine vorbildliche Kassenführung Dank und Lob zollte.

Die anschließende Wahl der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses ergab, daß Kollege Sütterlin auch künftig Erster Vorsitzender des Ortsausschusses sein wird. Der bisherige Zweite Vorsitzende, Kollege Johann Gaß, bat wegen Arbeitsüberhäufung von einer Wiederwahl abzusehen. Für ihn wurde Kollege Gebhard, der auch das Amt des Schriftführers mitversehen wird, gewählt. Die Wahl des Kassierers fiel wieder auf Kollegen Heiland. Auch die beiden Beisitzer und Revisoren Zahn und Hall wurden wiedergewählt. Die Aussprache war recht rege. Auch beim letzten Punkt der Tagesordnung „Wünsche und Anträge" kamen zahlreiche Wortmeldungen und Anträge. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag, den Beitrag zum Ortsausschuß von 40 auf 30 Pfennig ab 1. Juli zu ermäßigen, abgelehnt. Der Gedanke einer einheitlichen gemeinsamen Rechnungsführung der einzelnen Gewerkschaften wurde gutgeheißen und hierfür die Einstellung einer weiteren Kraft beschlossen. Weitere Wortmeldungen betrafen die Vertretung der Gewerkschaften in den Ausschüssen für die Gesellenprüfungen und vor allem die Ernährungslage. Es war Mitternacht, als der Vorsitzende, Kollege Sütterlin, die Generalversammlung mit einem Appell an alle Funktionäre, sich weiterhin mit aller Kraft für die Gewerkschaftsarbeit einzusetzen, schloß.

Der Sport in der Heimat

Schwer erkämpfte Staffelmeisterschaft

Fortuna Freiburg — SV Ottenau 3:2 (2:0)

Fast bis zum letzten Spielsonntag blieb die Frage der Meisterschaft in der Staffel West offen. Erst das letzte Spiel der Fortunen klärte die Situation. Mit einem knappen 3:2-Sieg setzten sie sich mit einem Punkt Vorsprung vor Lahr an die Tabellenspitze und stehen nun im engeren Wettbewerb um den Aufstieg in die Zonenliga, an dem noch Rheinfelden und voraussichtlich Villingen beteiligt sein werden.

Für das entscheidungsvolle Spiel gegen den SV Ottenau hatten die Fortunen ihre komplette Elf zur Stelle. Trotz der Bedeutung dieser Begegnung muß die Ruhe und Fairneß beider Mannschaften hervorgehoben werden, die gegenüber der „Holzerei" des Vorsonntags äußerst angenehm berührten. Der neue Meister hatte in dem SV Ottenau einen zähen Gegner zu überwinden, der die Punkte nicht ohne weiteres verschenkte. Das Spiel der Gastgeber war in der ersten Hälfte annehmbar, die Feldüberlegenheit war in dieser Spielphase allerdings nicht so deutlich wie nach dem Wechsel, als sich die Fortunen oft minutenlang vor des Gegners Tor aufhielten. Bezeichnend für die Unfähigkeit des Freiburger Sturmes ist die Tatsache, daß es allein Liechty vorbehalten blieb, die drei Treffer zu schießen. Die übrigen Stürmer dagegen waren nicht in der Lage, die vielen gebotenen Gelegenheiten in Erfolge umzumünzen. Dabei war Liechty schon vor der Pause durch eine alte Verletzung in seiner Aktionsfähigkeit beeinträchtigt und konnte in der zweiten Hälfte nur noch als Statist mitwirken. Im sicheren Gefühl des Sieges leistete sich dann im zweiten Spielabschnitt die Freiburger Hintermannschaft einige böse Schnitzer. Ein Deckungsfehler führte durch den Mittelstürmer Seifried zum ersten Gegentor und zehn Minuten vor Schluß setzte der Halblinke Merkel einer zu schwachen Rückgabe des rechten Verteidigers Sreeb energisch nach und erzielte an dem herauslaufenden Torwart vorbei den zweiten Treffer. Damit hatte das Spiel einen nicht mehr erwarteten Höhepunkt erreicht. Durch die beiden Erfolge angefeuert, gingen die Ottenauer zum Angriff über, die Freiburger Mannschaft wurde sichtlich nervös und hatte alle Mühe, die gefährlichen Vorstöße der Ottenauer zu unterbinden. Es war eine harte Nervenprobe für den neuen Staffelmeister, die er durch eigenes Verschulden in den letzten Minuten des Spieles noch durchmachen mußte. Aber schließlich blieb es bei dem an und für sich verdienten 3:2, und nach dem Schlußpfiff des umsichtig amtierenden Schiedsrichters Lehmann, Offenburg, waren es die Ottenauer Gäste, die ihren Freiburger Kameraden als erste zur Meisterschaft gratulierten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Revision im Säuberungsverfahren

Zahlreiche Anfragen veranlassen uns, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß die Revisionsanträge gemäß Artikel 37 der Landesverordnung vom 29. 3. 1947 über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus in Verbindung mit Artikel 33 spätestens am 16. Juni 1947 bei dem örtlich zuständigen Untersuchungsausschuß unter Benützung der vorgeschriebenen Formulare eingereicht sein müssen; eine Verlängerung der Frist ist ausgeschlossen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß in jedem Falle die Revision auf die in Artikel 33, Ziffer 1 u. 2, genannten Voraussetzungen gestützt werden muß. Wer der Ansicht ist, daß ihm gemäß Artikel 33, Ziffer 1 u. 2, das Recht auf Revision zusteht, wird daher dieses Rechtsmittel bis zum 16. Juni 1947 einzureichen haben.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Revisionsakten beim zuständigen Untersuchungsausschuß bei den Landratsämtern bzw. den Stadtkreisen Freiburg, Baden-Baden und Konstanz einzureichen sind und nicht dem Staatskommissariat für politische Säuberung in Freiburg i. Br. Die uns zugesandten Revisionsakten werden hier nicht behandelt.

*

1. Da bei der Anwendung der alten Regelung, die auf der beruflichen Tätigkeit beruhte, mehrere Strafen gegen eine und dieselbe Person ausgesprochen werden konnten und

2. da andererseits die im Badischen Säuberungsgesetz vom 29. März 1947 vorgesehene Einteilung der dem Säuberungsverfahren unterliegenden Personen, in Kategorien „eine einzige Strafe" für jeden Schuldigen verlangt, müssen zum Zwecke einer Vereinheitlichung die alten Bestimmungen den neuen, gesetzmäß. Bestimmungen angepaßt werden. Folglich:

ist jede Person, über die früher mehrere Sühnemaßnahmen verhängt wurden zu einer Revision wegen Vorliegens mehrerer Urteile verpflichtet.

Jeder Betroffene muß sich beim Landratsamt oder bei den Bürgermeisterämtern Baden-Baden, Freiburg und Konstanz die weißen Berufungsformulare beschaffen. Er hat oben rechts auf die erste Seite des Formulars die Bemerkung

„Revision wegen mehrerer Urteile"

zu setzen. Er gibt in der vorgesehenen Rubrik seine verschiedenen Sühnemaßnahmen mit dem genauen Datum der Veröffentlichung im Amtsblatt an.

Er gibt seine verschiedenen beruflichen Beschäftigungen an, für die die politische Säuberung vorgenommen wurde und unterstreicht den Hauptberuf.

Er reicht seine Revision bei dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses des Landkreises ein, in dem er seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat; die Revision wird geprüft und beurteilt durch die seiner Haupttätigkeit entsprechende Spruchkammer.

3. Nach dem 15. August wird für diejenigen Personen, gegen die mehrere Säuberungsurteile ergangen sind, und die keine Revision beim zuständigen Untersuchungsausschuß eingelegt haben, von Amts wegen vom Staatskommissar für politische Säuberung Revision eingelegt werden.

4. Diese Vorschriften betreffen nur Personen, die in der französischen Zone mehrfach abgeurteilt wurden. Sie sind nicht anwendbar auf Personen, gegen die in verschiedenen Zonen verschiedene Urteile ergangen sind.

Der Staatskommissar für politische Säuberung.

Durchführung der Jugendamnestie

Nach Rücksprache mit dem Ministerium des Innern werden die Bürgermeisterämter angewiesen: 1. Die gelben Meldebogen der unter die Amnestie fallenden Personen entgegenzunehmen und darüber eine Empfangsbescheinigung auszustellen. 2. Es ist festzustellen, ob der gelbe Meldebogen ordnungsgemäß ausgefüllt und die beglaubigte Abschrift der Geburtsurkunde beigefügt ist. (Lt. Absatz 3 der durch den Staatskommissar für politische Säuberung erlassenen Bekanntmachung über die Durchführung der Jugendamnestie.) 3. Diese Akten sind von den Bürgermeisterämtern unmittelbar an das Staatskommissariat für politische Säuberung, Freiburg i. Br., Mercystr. 24, zu senden. Die gesammelten Akten sind einmal in der Woche einzureichen.

*

1. Diese Verfügung hat den Zweck:
   a) Für die unter die Amnestie fallenden Personen unverzüglich die früher gegen sie ergriffenen Säuberungsmaßnahmen aufzuheben und am 1. Juli 1947 das aktive und passive Wahlrecht wieder herzustellen.
   b) Die Betroffenen, die noch nicht entnazifiziert sind und die sich künftig um eine Anstellung bewerben, die der systematischen Entnazifizierung unterworfen ist — oder zu jedem anderen Ziel — vom Säuberungsverfahren zu befreien.
2. Der Wortlaut der Amnestie ist bereits in der Presse veröffentlicht worden.
3. Jeder, der unter die Amnestie fällt, muß einen gelben Meldebogen, der bei jedem Landratsamt oder bei den Bürgermeisterämtern der drei Stadtkreise Baden-Baden, Freiburg i. Br. und Konstanz erhältlich ist, ausfüllen. Oben rechts auf den Meldebogen hat der Betroffene deutlich sichtbar zu vermerken:

Aufhebung der Sühnemaßnahmen (s. Abschn. 1 a)
oder
Befreiung von der Entnazifizierung (s. Abschn. 1 b)

Zur Rubrik 1, 2 und 7 des gelben Meldebogens ist anzugeben, ob die ausgeübten Funktionen ehrenamtlich oder hauptamtlich waren.

Zur Rubrik II: Nach den Worten: „Mit welchem Ergebnis?" zutreffendenfalls die Entscheidung angeben, die in der Frage der Entnazifizierung bereits gefällt wurde.

Nach Aktenzeichen: Die Nummer des Amtsblattes mit Seite und Spalte angeben, in der die Entscheidung veröffentlicht wurde.

Diesen Meldebogen ist eine vom Bürgermeister des Ortes, in dem der Betreffende wohnt, beglaubigte Abschrift der Geburtsurkunde beizufügen.

Diejenigen, die eine Geburtsurkunde nicht beibringen können, fügen die Abschrift eines amtlichen Schriftstückes bei, aus dem der Geburtsort hervorgeht, z. B. Familienbuch, Soldbuch usw. Diese Abschrift ist vom Bürgermeister des Ortes zu beglaubigen, in dem der Betreffende wohnt.

4. Der Betroffene übergibt seine Akten dem Bürgermeister des Ortes, in dem er wohnhaft ist. Der Bürgermeister übergibt dem Betroffenen eine Empfangsbescheinigung.

Die Vorlage dieser Empfangsbescheinigung bei der Kreisstelle des Bad. Landesamte für kontrollierte Vermögen hat die Aufhebung der über das Vermögen verhängten Maßnahmen bis zum Erscheinen der amtlichen Entscheidung zur Folge.

5. Das Eisenbahnpersonal Badens und Württembergs in der französisch besetzten Zone übergibt den gelben nach Abschnitt 3 ausgefüllten Meldebogen nicht den Bürgermeisterämtern, sondern der vorgesetzten Dienstbehörde. Diese Dienstbehörde erteilt die zur Vorlage an die Kreisstelle für das kontrollierte Vermögen bestimmte Empfangsbescheinigung.

6. Nach Überprüfung und endgültiger Entscheidung werden die Betroffenen vor dem Ergebnis durch den Staatskommissar für politische Säuberung in Kenntnis gesetzt. Bei Nichtannahme des Antrages erfolgt die Angabe der Gründe, die zur Ablehnung geführt haben. Das Landesamt für kontrollierte Vermögen wird gleichzeitig über die Annahme oder Nichtannahme des Antrages benachrichtigt.

7. Die Veröffentlichung der Namen derjenigen Personen, deren Sühnemaßnahmen aufgehoben oder die von den Säuberungsmaßnahmen durch die Jugendamnestie befreit wurden, erfolgt im Amtsblatt.

Der Staatskommissar für politische Säuberung.

Staatskommissariat für politische Säuberung

Die Diensträume in Freiburg sind mit sofortiger Wirkung von der Goethestraße 7 nach der Mercystraße 24 verlegt worden. Sprechstunden finden täglich, außer Mittwoch, von 9 bis 12 Uhr statt.

Der Staatskommissar — Dr. Nunier.

Zusatzkontingente an Gas

für Kühlschränke und für das Einkochen von Lebensmitteln

Nach der Verfügung Nr. 46 des General Administrateur LAFFON vom 9. März 1946, Journal Officiel Nr. 19 vom 30. April 1946 stehen den Abnehmern für den Betrieb der Kühlschränke für die Monate Juni bis einschl. September Zusatzkontingente in Höhe vom 15 cbm pro Monat zu. Nach der Verfügung Nr. 210 des General Administrateur LAFFON vom 30. April 1947 Journal Officiel Nr. 70 vom 13. Mai 1947, erhalten diejenigen Gasabnehmer, denen ein Kontingent für Kochzwecke zusteht, zum Konservieren von Lebensmitteln Saison-Zuschläge an Gas. Diese Sonderzuteilung kann innerhalb des Zeitraumes vom 1. Juni bis 30. September 1947 in Anspruch genommen werden. Die Höhe des Saisonzuschlags ist aus folgender Tabelle entsprechend der Anzahl der über denselben Zähler belieferten und zur Inanspruchnahme eines Kochkontingentes berechtigten Personen zu ermitteln:

Zahl der über dens. Zähler belief. Pers.:	1	2—3	4—5	6—7	8—10	11—12
Saisonmenge:	15	25	35	45	55	65 cbm

Wer ohne Anrecht auf ein Kochkontingent dieses Einmachkontingent in Anspruch nimmt oder wer das ihm zustehende Kontingent überschreitet, hat in jedem Fall mit Bestrafung zu rechnen. Die Gaswerke geben, sofern erforderlich, je für ihre Versorgungsgebiete noch nähere Anweisung, wie die Zusatzmengen entnommen werden können.

Bad. Wirtschaftsministerium
Dr. Leibbrandt, Staatssekretär

Mütterberatungsstellen

Im Ortsteil Freiburg-Zähringen ist in der Volksschule in Zähringen — Lehrerzimmer — eine von der Universitäts-Kinderklinik geleitete Mütterberatungsstelle eingerichtet worden. Beratungsstunden jeweils am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats von 15 bis 16 Uhr. Die Mütterberatungsstelle in St. Georgen „Gasthaus zur Stube" wurde nach dem katholischen Kindergarten, Hartkirchweg 50, verlegt. Beratungsstunden wie bisher jeden 1. Dienstag im Monat von 16 bis 18 Uhr.

Städt. Wohlfahrtsamt Freiburg — Stadtjugendamt

Raucherkarten

Alle Personen, Männer und Frauen, die durch Wirtschafts- bzw. Ernährungsämter doppelte Lebensmittelkarten beziehen, erhalten durch dieselben Dienststellen vom 1. Mai 1947 ab auch doppelte Raucherkarten. Die Wirtschaftsämter stellen, wenn nötig, den Ernährungsämtern die erforderlichen Karten zur Verfügung, lassen sich von ihnen nach jeder Kartenausgabe die Anzahl der so verteilten Doppelkarten gesondert angeben und fügen diese Zahlen gleichfalls gesondert ihren Monatsmeldungen an das Hauptwirtschaftsamt bei. Alle Karten sollen von den Ausgabestellen, wenn irgend möglich, mit Nummern, jedenfalls aber mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen werden, weil ungestempelte Karten nicht beliefert werden dürfen. Der April-Abschnitt und der Sonderabschnitt A der M-Raucherkarte können nicht mehr beliefert werden, weil die April-Verteilung beendet ist, müssen also entwertet bzw. abgetrennt werden.

Bad. Wirtschaftsministerium
Dr. Leibbrandt, Staatssekretär

Sprechstunden für die Berufsberatung

Die Berufsberatung des Arbeitsamts Freiburg i. Br. nimmt ihre Sprechstunden in den Arbeitsamtsnebenstellen Emmendingen und Neustadt wieder auf. Sprechtage sind:

Im Arbeitsamt Emmendingen, Hebelstraße, an jedem 2. und 4. Freitag im Monat, von 14 bis 17 Uhr.

Im Arbeitsamt Neustadt, Bahnhofhotel, an jedem 1. und 3. Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr.

Arbeitsamt Freiburg i. Br.

Weiterführung der Meldepflicht

I. Nach der Anordnung über den Arbeitseinsatz vom 3. August 1946 (veröffentlicht im Amtsblatt der Landesverwaltung Baden — Franz. Besatzungsgebiet — Nr. 11 vom 5. 8. 1946 und in den Tageszeitungen) sind alle männlichen Personen vom 14.—65. Lebensjahr und alle weiblichen Personen vom 15.—50. Lebensjahr verpflichtet, sich beim Arbeitsamt zu melden.

II. Für die in Vollzug dieser Anordnung und auf Grund der Bekanntmachung über die Einführung einer Meldepflicht vom 3. 8. 1946 ausgestellten, demnächst ablaufenden Meldekarte werden in der Zeit vom 16. 6. 1947 bis 25. 7. 1947 neue Meldekarten ausgeschrieben.

Die Meldekarten sind auszustellen:

1. Für Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Volontäre usw.) mit Ausnahme des Hauspersonals: vom Arbeitgeber.
2. Für Geistliche, Angehörige von geistlichen Orden, Diakonissen und Schwestern des Badischen Hilfswerks: vom Diakonat Mutterhaus oder der vorgesetzten Dienststelle.
3. Für Beamte, Angestellte und Arbeiter öffentlicher Verwaltungen und Betriebe; von der Beschäftigungsbehörde.
4. Für alle unter Ziff. 1—3 nicht aufgeführten Meldepflichtigen einschließlich der Unbeschäftigten: vom Arbeitsamt.

Die Arbeitsämter sind ermächtigt, mit der Ausstellung der Meldekarten für die unter Ziff. 4 erwähnten Meldepflichtigen andere Stellen zu beauftragen.

III. Von den nach Abschnitt II, Ziff 1—3, mit der Ausstellung der Meldekarten Beauftragten sind die ausgestellten neuen Meldekarten zusammen mit den von den Meldepflichtigen einzuziehenden alten Meldekarten dem Arbeitsamt vorzulegen. Das Arbeitsamt wird die neuen Meldekarten mit Unterschrift und Dienstsiegel versehen und zur Aushändigung an die Meldepflichtigen zurückgeben.

Die neuen Meldekartenvordrucke sind von den mit der Ausstellung der Meldekarten Beauftragten in der benötigten Stückzahl rechtzeitig beim Arbeitsamt anzufordern.

IV. Für die in Abschnitt II, Ziff. 4, erwähnten Meldepflichtigen geben die Arbeitsämter in den nächsten Tagen in den Tageszeitungen das Verfahren mit Angaben über Ort und Zeitpunkt der Ausstellung der neuen Meldekarten bekannt. Auch von diesen Meldepflichtigen sind die bisherigen Meldekarten bei der Ausstellung der neuen Meldekarten abzugeben.

V. Für die Erteilung der Bestätigungsvermerke auf der Rückseite der Meldekarten gelten auch weiterhin die bisherigen Bestimmungen. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß sich strafbar macht, wer Scheinarbeitsverhältnisse bestätigt. Der Bestätigungsvermerk darf nicht erteilt werden für Gelegenheitsarbeiten und für kurzfristige Beschäftigungen von weniger als einer Woche. In diesen Fällen müssen sich die Meldepflichtigen wegen der Erteilung des Bestätigungsvermerks an das für ihren Wohnort zuständige Arbeitsamt wenden.

VI. Lebensmittelkarten werden an die Meldepflichtigen nach dem 25. Juli 1947 nur noch gegen Vorlage der neuen Meldekarte ausgegeben, die mit einem Bestätigungvermerk versehen sind.

Landesarbeitsamt Baden

Öffentliche Erinnerung

Wir erinnern hierdurch an die Zahlung folgender Steuern, die zu den angegebenen Zeitpunkten fällig sind:

Am 10. Juni 1947: 1. Lohnsteuer der Monatszahler für den Monat Mai einschließlich der Kirchenlohnsteuer in Höhe von 6 v. H. der Lohnsteuer. 2. Umsatzsteuer der Monatszahler für den Monat Mai. Voranmeldungen für den abgelaufenen Monat sind abzugeben. 3. Abschlagszahlung auf die Beförderungssteuer im Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen sowie für den Güterfernverkehr.

Am 16. Juni 1947: 4. Tilgungsraten auf die Ehestandsdarlehen. 5. Wir erinnern ferner an die Zahlung der im Laufe des Monats auf Grund der zugestellten Steuerbescheide fällig gewordenen Abschlußzahlungen auf die Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer 1945. Bei der Zahlung ist die Steuernummer anzugeben. Eine Einzelmahnung der oben angeführten Steuern erfolgt nicht mehr. Rückstände werden unter Berechnung der entstehenden Kosten eingezogen. Wird eine Zahlung nicht rechtzeitig geleistet, so ist mit dem Ablauf des Fälligkeitstages nach gesetzlicher Vorschrift ein Säumniszuschlag von 5 v. H. des rückständigen Betrags verwirkt.

Die Finanzämter:

Freiburg i. Br., Emmendingen, Lahr, Lörrach, Müllheim, Neustadt i. Schw., Schopfheim und Wolfach

Brennholzaktion!

Ausgabe von Selbstaufbereiterscheinen für Brennholz

An die Inhaber von Ordnungsnummern werden gegen Vorlage des Haushaltpasses und der Bezugskarte für Brennholz Selbstaufbereiterscheine für Brennholz wie folgt ausgegeben:

Serie	M	Nr.	1 — 350	Montag, den 16. Juni 1947
„	M	„	351 — 700	Dienstag, den 17. Juni 1947
„	M	„	701 — 1000	Mittwoch, den 18. Juni 1947
„	N	„	1 — 350	Donnerstag, den 19. Juni 1947
„	N	„	351 — 700	Freitag, den 20. Juni 1947
„	N	„	701 — 1000	Samstag, den 21. Juni 1947
„	O	„	1 — 350	Montag, den 23. Juni 1947
„	O	„	351 — 700	Dienstag, den 24. Juni 1947
„	O	„	701 — 1000	Mittwoch, den 25. Juni 1947
„	P	„	1 — 350	Donnerstag, den 26. Juni 1947
„	P	„	351 — 700	Freitag, den 27 Juni 1947
„	P	„	701 — 1000	Samstag, den 28. Juni 1947
„	Q	„	1 — 350	Montag, den 30. Juni 1947
„	Q	„	351 — 700	Dienstag, den 1. Juli 1947
„	Q	„	701 — 1000	Mittwoch, den 2. Juli 1947
„	R	„	1 — 350	Donnerstag, den 3. Juli 1947
„	R	„	351 — 700	Freitag, den 4. Juli 1947
„	R	„	701 — 1000	Samstag, den 5. Juli 1947

von 8—11 Uhr und von 14—16 Uhr (Samstags nur von 8—12 Uhr) im Behelfsraum auf dem Gang, III. Stock.

Für Betriebe, Haus- und Arbeitsgemeinschaften werden Selbstaufbereiterscheine in Zimmer 36 III ausgestellt. Annahme von Anträgen mit Unterlagen nur vormittags von 8—11 Uhr (nachmittags geschlossen).

Es wird dringend gebeten, die Nummern-Reihenfolge zu den angegebenen Ausgabe-Terminen genau einzuhalten und auch nachmittags vorzusprechen, damit eine rasche Abfertigung ermöglicht und langes Anstehen vermieden wird. Der Kaufpreis von RM 8.50 pro Ster Brennholz ist jeweils gleich zu entrichten.

Wirtschaftsamt Freiburg — Lessingschule

Änderung der Vollzugsbestimmungen

Zum Vollzug des Wasserzinstarifs und der Kanal-, Müll- und Straßenreinigungsgebührenordnung wird bestimmt: Wird nach dem 27. 11. 1944 eine Familienwohnung von mehreren selbständigen Haushaltungen bewohnt oder eine bestehende Familienwohnung in mehrere Wohnungen aufgeteilt, so werden mit Wirkung vom 1. 4. 1947 dem anteiligen Mietwert je 60 v. H. für jede neue selbständige Haushaltung oder neue Wohnung zugeschlagen. Wird nach dem 27. 11. 1944 durch Ausbau eine neue Wohnung gewonnen, so ist ihr Veranlagungsmietwert nach einer im gleichen Stockwerk oder im gleichen Hause befindlichen vergleichbaren Wohnung festzusetzen. Für nach dem 27. 11. 1944 wieder hergestellte Wohnungen oder Wohnräume gilt der früher maßgebende Mietwert.

Der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg — Abt. I

Verkehrsbeschränkung

Die Landstraße I. Ordnung Nr. 107 Elzach—Gutach (Rothaldenstraße) ist infolge eines Erdrutsches für Lastkraftwagen mit einem Höchstgewicht von mehr als 5 Tonnen gesperrt worden. Leichtere Fahrzeuge müssen an der besonders gekennzeichneten Gefahrenstelle den Einbahnverkehr beachten.

Das Landratsamt Wolfach

Wasserverbrauch in den Sommermonaten

Zur Verhütung der Einschaltung von Sperrstunden in der städtischen Wasserversorgung ersuchen wir alle Wasserverbraucher im Haushalt, Gewerbe, Behörden und in der Industrie, den Wasserverbrauch auf das unbedingt Notwendigste einzustellen.

Stadtwerke Rastatt (Wasser-, Elektrizitäts- u. Gaswerk)

Familienanzeigen

Angelika Susanne. Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen in dankbarer Freude an:
Fritz Waldvogel und Frau Anny geb. Kircheiß.
Freiburg i. Br., den 7. Juni 1947
Bauhöferstraße 77.

Offene Stellen

Bedeutendes Markenartikel-Unternehmen sucht Herren für den Außendienst (Festanstellung) mit Wohnsitz in Freiburg. Ausführl. Bewerbung m. Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Referenzen erbeten unt. F 1567 an Ann.-Exped. Carl Foerster, (22a) Düsseldorf, Postfach.

Tücht., selbst. Bauschlosser sowie ein Schlosserlehrling ges. E. Schlachter, Schlosserei, Freiburg, Kartäuserstr. 60.

Ausläufer auf sofort gesucht. Verlag Das Volk, Freiburg.

Vertreter aller Branchen finden durch Hinzunahme einer leistungsfähig. u. leistungswilligen Privatkrankenkasse mit günst. Beitrags- u. Leistungssätz. f. Personen aller Berufe bis 65 Jahre lohnenden Nebenverdienst. Angeb. unter A 4248 an Das Volk.

Wir suchen einen Leiter für unsere neu aufzubauende Geschäftsstelle i. Freiburg. Verlangt wird organisator. Befähigung für d. Sterbegeldgeschäft. Geboten wird: Gehalt, Spesen, Beteiligungsprovision. Geeignete Herren wollen ausführl. Bewerb. richten unter W 3368 über Anz.-Exp. William Wilkens, Hamburg 1, Pressehaus.

Fernmeldemonteure od. Elektromeister bzw. Monteure, die sich in das Fernmeldewes. einarbeiten wollen, werden laufd. gesucht. Schriftl. Bewerb. od. Vorstellung b. Siemens & Halske AG., Techn. Büro Freiburg, Kaiser-Josef-Str. 274, Telefon 2535.

Kaufm. Lehrling von Weingroßhandlg. zum sof. Eintritt ges. Gebr. Hüglin, Freiburg i. Br., Bertholdstr. 63.

Knecht, fleißig u. ehrlich, f. Landwirtschaft sof. gesucht. Gelegenheit z. Ausbildung im Obstbau geboten. Zu erfrag. Walter Nübling, Denzlingen, Hauptstraße 175.

Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht. Mez & Co., Maschinenbürstenfabrik, Freiburg i. Br., Münchhofstr. 4—4a.

1 Kontorist(in), 1 techn. Zeichner mit mögl. bald Antritt gesucht. F. L. Fischer, Freiburg/Br., Am Martinstor.

Lebensmittelgeschäft sucht junge, branchekundige Verkäuferin. Angeb. unter A 4267 an Das Volk.

5 Arbeiterinnen für leichte Tätigkeit gesucht. Vorzust. Hämmerle, Ferd.-Weiß-Str. 98.

Suche Schreibkraft für 1-2 Tage wöch. Angebote unter A 4252 an Das Volk.

Weibl. Bürohilfskräfte mit Schreibm.-Kenntn. z. mögl. sof. Eintr. gesucht. Vorzustellen im Verlag „Das Volk", Freiburg, Kaiser-Joseph-Straße 229.

Haushaltshilfe, kinderlbd., ins Allgäu (frz. Zone) gesucht. Vorzustellen b. Dr. Scherenberg, Freiburg, Jacobistr. 54, oder schriftl. an Dr. Scherenberg, Ellhofen, Kr. Lindau.

Perf. Haushälterin für frauen- u. kinderlosen Haushalt auf sof. gesucht. Angebote unter A 4306 an Das Volk.

Williges, ehrl., jüng. Mädchen für gepflegt. Haushalt nach Endingen a. K. sof. gesucht. Angebote unter A 4281 an Das Volk.

Stellengesuche

Kraftfahrer mit langjähr. Fahrerpraxis, guten Fachkenntnissen, etwas franz. sprechend, sucht Stellung (nur Benzin-PKW). Ang. u. B 4305 a. Das Volk.

Kraftfahrer, zuverlässig, gel. Schloss., Führerschein Kl. 1, 2, 3 und Gener., sucht Stelle. Langjähr. Fahrkenntn. Führe Reparaturen selbst aus. Angebote unter B 4351 an Das Volk.

Arzthilfe! Geb. Dame, Anf. 40, nachweislich 10 J. Arztsekr., sucht auf sofort Stellung. Angeb. unt. B 4376 an Das Volk.

Junge Frau, 23 J. kinderlos, mit gut. landw. Kenntnissen sucht Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft. Umgeb. Freiburg (Bahnstation) bevorzugt. Angebote unter B 4348 an Das Volk.

Wohnungstausch

Biete sonnige 3-Zimmer-Wohnung mit Bad (nicht eingericht.) in Offenburg. Suche gleiche Wohnung in Freiburg od. Umgebung. Angeb. unter E 4313 an Das Volk.

Biete schöne, gr. 4-Zimmer-Wohnung, 2. St., mit Mansarde (Ofenheizung), Badezim. (Mittelwiehre), RM 95.—. Suche 3-Zimmer-Wohnung in gutem Hause. Wiehre bevorzugt. Angeb. unter E 4316 an Das Volk.

Biete gut möbl. Zimmer. Suche leeres Zimmer mit Küche oder Notküche. Angebote unter E 4323 an Das Volk.

Geboten in Lörrach selten schöne 4-Zimmer-Wohnung m. eingeb. Diele, Küche, Kachelbad gegen schöne 4-Zimmer-Wohnung in Freiburg i. Br. Zuschrift. unt. E 031 049 an Das Volk, Lörrach.

Kopftausch Freiburg—Berlin (4 Pers.), brit. Sektor. Biete unbeschädigte, sonnige, herrliche renov. 3-Zim.-Neubauwohnung, Bad, Balkon und Garten gegen gleiche oder größere in Freiburg oder Umgebung. Evtl. Möbelübernahme nach Vereinbar. Vermittler oder Makler erwünscht. Walter Kirsch, Berlin-Haselhorst, Gartenfelderstraße 134a.

Mietgesuche

1—2-Zimmer-Wohnung von jung. Ehepaar in Freiburg gesucht. Angeb. unter D 4255 an Das Volk.

Möbl., einf., heizb. Zimmer od. Mansarde v. ält. Herrn auf sof. od. spät. ges. Angeb. u. D 4382 an Das Volk.

Kaufgesuche

Feldstecher, Prismen-Fernglas gesucht. Angeb. mit Optikangaben u. K 1372 an Obanex, Anz.-Exp. Freiburg i. Br.

Liegestuhl gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht. Angeb. unt. G 1020 an Das Volk.

Ziehharmonika, Akkordeon od. Bandoneon sucht Kirschke, Bötzingen a. K., Hauptstr. 11.

Erstkl. Fotoapparate ges., wie Leica, Contax, Rolleiflex, Exacta usw., zu Höchstpreisen. Detaillierte Angeb. erbeten an Berg- u. Sportfilm, Freiburg i. Br., Landsknechtstr. 5.

Erstklass. Schmalfilmkamera, Siemens, Bonex oder Kodak, 16 mm, ges. zu Höchstpreisen. Detaillierte Angeb. erbeten an Berg- u. Sportfilm, Freiburg i. Br., Landsknechtstr. 5.

Kinderwagen, gut erhalten, zu kaufen vtl. zu tauschen gesucht. Freiburg, Wilhelm-Dürr-Straße 1.

Fahrrad zu kaufen gesucht gegen Angebot. Angebote unter G 20 946 an Das Volk, Emmendingen.

Zu verkaufen

Sportwagen abzugeben, evtl. Tausch. Angebote unter F 4320 an Das Volk.

Tausch

Biete weißes, eisernes Bett mit dreiteilig. Roßhaarmatratze gegen gut erhaltenes Damenfahrrad m. Bereifg. Angebote unter H 1030 an Das Volk.

Kinderkastenwagen im Tauschwege gesucht. Angebote unt. H 20 937 an Das Volk, Emmendingen.

Biete Damen-Kostüm, schw., Friedensware. Suche Damen-Wintermantel od. Herrenanzug od. sonstiges. Ang. u. H 20 938 a. D. Volk, Emmendingen.

Verloren

Verloren am Sonntag, 1. 6. 47, in Emmendingen Brieftasche mit wichtig. Ausweispapieren u. Barbetrag. Abzugeben gegen gute Belohnung bei H. Müller, Emmendingen, Mundinger Straße 39.

Schwarze Damenmütze zwischen Bürgerwehr- u. Grünwälderstraße verloren. Zeitgemäße Belohn. Abzugeben A. Meyer, Freiburg, Bürgerwehrstraße 8.

Geschäftliches

Dr. Albert Reps, prakt. Arzt, Freiburg i. Br., Holbeinstr. 29: Neue Fernsprech-Nr. 2933.

Sprechstunden für die Dauer der doppelten Sommerzeit Montag u. Donnerstag in Badenweiler 16—17 Uhr (Röntgeninstitut). Frau Dr. H. Forschner, Fachärztin für Säuglings- und Kinderkrankheiten.

Neue Bürozeiten: werktags 8.30—12 Uhr und 15—18 Uhr Fahrkartenverkauf; 8.30—13 Uhr u. 15.30—18 Uhr Theaterkartenverkauf; sonntags 10—12 Uhr Theaterkartenverkauf. Samstagnachmittag geschlossen. Schwarzwald-Reisebüro, Freiburg i. Br., Rotteckplatz.

Geschäftsverlegung: Carl Eberlin, Zigarrengeschäft, jetzt Günterstalstraße 18.

Photo-Hoch, früher Salzstraße, jetzt Gerberau 1.

Ab 19. Juni wieder lfd. Annahme von Reparat.-Aufträgen. **Ihr Funkberater, Radio-Lauber,** Freiburg i. Br., Kronenstraße 14a.

Odeon-Schallplatten wieder erhältlich bei Abgabe alter Platten. Näheres im Kunstsalon Straetz, Freiburg i. Br., Möslestr. 13 (Musikabteilung).

Zum Schleifen werden angenommen Wolf-, Blitz- u. Hackmasch.-Messer, ebenso Gartenscheren, Scheren, Beile, Messer u. Rundmesser. Fritz Ambs, Freiburg i. Br., Gartenstr. 26.

Füllhalter-Reparaturen aller Systeme gut u. billig bei Joh. Aug. Wilhelm, Papier- u. Schreibwaren, Freiburg i. Br., Ecke Karl- und Jacobistraße.

Carl Fabel, Kaiser-Joseph-Straße 231 (am Martinstor) übernimmt Reparaturen in Herrenhemden (Kragen u. Manschetten), Trikotunterwäsche für Damen, Herren u. Kinder, Korsetten bei Zugabe von Material, ferner Strumpfsohlen u. Laufmaschen.

Erinnerung an Freiburg nach Orig.-Holzschnitt 1937: Bertoldsbrunnen m. Kaiserstraße u. Martinstor. Kleinstbilder, Aquarelle, Gemälde, Karten. Haus Stadelmann, Freiburg i. Br., Franziskanerstr. 9.

Achtung, Radio-Besitzer! Wenn dein Rundfunkgerät nicht mehr in Ordnung ist, kann mit exakten Prüf- u. Meßmethoden schnell die Ursache festgestellt werden. Bedingung ist eine techn. vorbildl. ausgerüstete Reparaturwerkstatt mit erfahr. Fachpersonal. Diese Voraussetz. erfüllt der **RADIO-DIENST** in der **Schützenallee 10,** beim Schützen. Jetzt Fa. Merkel. Merke Dir: „Radioreparaturen Vertrauenssache".

Meiner Kundschaft zur Kenntnis, daß ich mein Geschäft nur noch dienstags, donnerstags u. samstags, jeweils von 9—12 Uhr u. 15—18 Uhr geöffnet habe. **EVZ Erste Emmendinger Vermittlungszentrale,** Tauschgeschäft Kappes, Emmendingen, Karl-Friedrich-Straße 9.

Bringen Sie uns jetzt schon Ihre Winterkleidung zum Wenden oder Neuanfertigen. In Ia Maßkonfektion erhalten Sie sämtliche Herren- u. Knabenbekleidung, Damenkostüme, Mäntel u. Jacken u. Berufskleidung aus Ihren mitgebrachten neuen u. alten, zertrennten Stoffen nebst Zutaten angefert. **Kleiderhaus Joseph Müller,** Freibg., am Bertoldsbrunnen.

Fritz Reiser, Buchhdlg. u. Antiquariat, Freiburg i. Br., Kronenstr. 6, kauft ganze Bibliotheken u. wertv. Einzelwerke zu zeitgem. Beding. Auswärtige Bücherfreunde bitte ich um Angabe der Interessengebiete für schriftliche Angebote.

Alma-Schnitte, das unentbehrliche Zuschneidesystem für die Hausschneiderei. Jeder Schnitt ein Maßschnitt. Sie können damit alle Garderobe u. Wäsche für jede Figur, auch für Kinder u. Wäsche für den Herrn herstellen. Das lästige Anprobieren fällt fort. 56 neueste Modelle mit über 500 Einzelschnitten u. 40 Maßen für alle Ober- u. Hüftweiten. Einmalige Anschaffung. Preis RM 8.65 u. RM 1.— für Porto u. Nachnahme. Zu beziehen durch Alma-Mode, (14a) Ludwigsburg 94, Postfach 143.

Volksempfänger! Spielt Ihr Volksempfänger nur noch leise und mit schlechter Wiedergabe, so bringen Sie bitte Ihren Apparat zum Funkberater. Durch meine eigene neuzeitl. Röhren-Regenerieranlage bin ich ab sofort in der Lage, taube Röhren zu verjüngen, dadurch gute Leist. u. Wiedergabe. Radio-Lauber, Ihr Funkberater, Kronenstr. 14a.

Verschiedenes

Mann für Blitzableiter-Reparatur ges. Kaufhaus Hiß, Oberrotweil a. K.

Schneiderin nimmt wieder Kunden an. Angebote unter V 4307 an Das Volk.

Achtung, Naturfreunde! Um die Herausgabe d. Buches „Aus der Geschichte der badischen Naturfreunde" von H. Coblenz zu ermöglich., benötig. wir Altpapier. Wir bitten um Abgabe von alten Büchern, Zeitschr. usw. Das Altpapier wird am kommenden Freitag, dem 13. 6. 47, im Gewerkschaftshaus, I. Stock, eingesammelt.
Die Sektionsleitung.

Veranstaltungen

Städtische Bühnen. Casino: 11. Juni, 20 Uhr: „Ariadne auf Naxos". **Kammerspiele:** 11. Juni, 19.30 Uhr: „Ein Spiel von Tod und Liebe". 12. Juni, 19.30 Uhr: „Der Urfaust".

Konzertveranstaltung Musikhaus Ruckmich, Maria-Hilf-Saal. 13. Juni 1947, 20 Uhr: **Abschiedsabend.** Susanne Hagen-Heilmann, Hans Hch. Hagen; am Flügel: Otto Braun: „Ein Schubert-Abend".

Casino - Lichtspiele. Ab Freitag: Das dramatische Schicksal eines Fremdenlegionärs **„Die Karten des Schicksals"** (Le grand Jeu). Darsteller: Pierre Richard-Willm, Marie Bell, Charles Vanel, Françoise Rosay, G. Pitoëff. Neueste franz. Wochenschau. Jugendverbot bis 16 Jahre. Spielzeiten: Montag: 14.15, 16.30, 18.45 u. 21 Uhr; Dienstag bis einschl. Samstag: 14.15 u. 16.30 Uhr; Sonntag: 10 u. 12 Uhr. Vorverkauf: täglich 10—12 Uhr.

Harmonie-Lichtspiele, Freiburg i. Br. Nur noch bis mit Donnerstag: **„Die Mörder sind unter uns".** Der erste deutsche Nachkriegsfilm. Ein packendes Zeitdokument von Wolfgang Staudte. Jugendverbot bis 16 Jahre. Ab Freitag: **„Der Mann am Niger".** Ein Film aus dem Herzen Afrikas mit Victor Francen, Harry Baur, Annie Ducaux. Jugendfrei ab 14 Jahre. Täglich: 14.15, 16.30 u. 18.45 Uhr; Dienstag, Mittwoch u. Freitag auch 21 Uhr. Vorverkauf tägl. 10—12 Uhr.

Union-Theater, Freiburg i. Br. Nur noch bis mit Donnerstag: **„Ein Walzer um den Stephansturm".** Humor u. Wiener Musik mit: Olga Tschechowa, Wolf Albach-Retty, Leo Slezak, Gusti Huber, Paul Heidemann. Jugendfrei. Ab Freitag **„Die unruhigen Mädchen".** Ein Film voll Jugend u. Frohsinn mit: Käthe v. Nagy, Ilse Werner, Lucie Englisch, Theo Lingen, Hans Moser, Hans Holt. Jugendfrei. Täglich: 14.30, 17 u. 19.30 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr.

Friedrichsbau-Lichtspiele. Bis einschl. Donnerstag, 12. Juni 1947: **„Ich brauche Dich",** m. Marianne Hoppe, Willy Birgel, Paul Dahlke. Ab Freitag, 13. Juni 1947: **„Das Glück kommt selten allein"** (Mademoiselle Beatrice), mit deutschen Untertiteln. Ein liebenswürdiger Film voll Heiterkeit und Gefühl. Darsteller: Louise Carletti, André Luguet, Gaby Morlay. Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30 Uhr; Donnerstag u. Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf an den Spieltagen 10—12 Uhr u. ab 13.30 Uhr an d. Tageskasse.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK · Baden-Württemberg